



ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

FÜNFZEHNTER BAND
1979

VERLAG LAMBERT SCHNEIDER · HEIDELBERG

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES
ORDENSKAPITELS
IM FESTSAAL DES RATHAUSES
DER FREIEN UND HANSE-
STADT HAMBURG
29. MAI 1979
REDEN UND GEDENKWORTE

**BEGRÜSSUNGSWORTE
DES ORDENSKANZLERS**

Herr Bundespräsident,
Herr Bundesminister,
Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Ich heiÙe Sie namens des Kapitels des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste willkommen, jenes Ordens, der vor 137 Jahren vom preuÙischen König Friedrich Wilhelm IV. gegründet worden und dessen erster Kanzler Alexander von Humboldt gewesen ist; des Ordens, der dank der Fürsorge und Verhandlungskunst Adolf von Harnacks dann von der Weimarer Republik übernommen wurde, dem es aber aus naheliegenden Gründen nach 1933 verwehrt war, neue Zuwahlen vorzunehmen, so daÙ 1952 nur noch drei Ordensmitglieder am Leben waren, in jenem Jahr nämlich, als Theodor Heuss, der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, den Orden in Würdigung seiner Tradition, aber auch in Würdigung seiner Bedeutung für unsere Zeit neu ins Leben rief. Damals ist entsprechend der alten Bestimmung der Ordenssatzung, daÙ Männer und Frauen, die durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft oder in der Kunst sich einen

ausgezeichneten Namen erworben haben, die Zahl der inländischen Ordensmitglieder auf 30 gebracht worden, dem bald darauf, ebenfalls der Ordensregel gemäß, 30 ausländische gefolgt sind.

Der Orden *Pour le mérite* für Wissenschaften und Künste ist keine Auszeichnung im eigentlichen Sinne, die etwa durch den Staat oder eine öffentliche Institution verliehen wird, sondern die inländischen Mitglieder kooptieren als Angehörige einer freien Ordensgemeinschaft bei eingetretenen Vakanzen jeweils ein neues Mitglied, wobei mindestens zwei Drittel der Stimmen des Ordenskapitels erforderlich sind. Wir haben heute vormittag ein inländisches und zwei ausländische Mitglieder neu gewählt. Damit hat der Orden zur Zeit 56 Angehörige. In ihrer aller Namen habe ich die Ehre, Sie hier zu begrüßen.

Zuerst und mit aufrichtiger Freude begrüße ich Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident. Das Ordenskapitel ist sich der Ehre bewußt, die sie ihm dadurch erweisen, daß Sie zu unserer Öffentlichen Sitzung auch nach Hamburg gekommen sind. Es ist das letzte Mal, daß wir Sie in Ihrer amtlichen Eigenschaft als Bundespräsident bei uns sehen dürfen. An dieser Stelle steht es mir nicht zu, mich über Ihr Scheiden aus dem höchsten Amt unseres Staates zu äußern. Dagegen ist es meine Pflicht, ja weit mehr als nur eine Pflicht, Ihnen zum Ausdruck zu bringen, in welchem hohem Maße es das Kapitel dieses Ordens bedauert, daß damit zugleich auch Ihre Eigenschaft als Protektor des Ordens *Pour le mérite* für Wissenschaften und Künste endet, die Sie, der einst von Theodor Heuss geschaffenen Tradition getreu, während Ihrer ganzen Amtszeit ausgeübt haben.

Ich erinnere mich noch sehr gut des Tages, an dem ich zum ersten Mal mit Ihnen über den Orden und seine Belange spre-

chen konnte. In Ihrem Vorzimmer hing damals ein Bild, auf dem ein sehr großer Schirm zu sehen war, unter dem sich zahlreiche Gestalten drängten. Dabei stand in großen Buchstaben »Schirmherrschaft«. Der Orden hatte zu keiner Stunde das Gefühl, einer unter diesen Vielen zu sein, denn Sie haben ihm Ihre besondere Aufmerksamkeit und Anteilnahme geschenkt, ihm oftmals Gastrecht gewährt und jeden von uns immer wieder ins Gespräch gezogen. Ja, Sie haben im Herbst des vergangenen Jahres an der internen Zusammenkunft des Ordens in Augsburg teilgenommen und dabei mitdenkend ganz wesentlich zu den Aussprachen beigetragen, die wir dort über »Politische Dimensionen der Wissenschaften« und »Elitebildung in unserer Demokratie« geführt haben. All das wird der Orden nicht vergessen, sondern Ihnen immer dankbar verbunden bleiben. Mit dem Dank verbindet er den Wunsch, Sie möchten ihm auch in der kommenden Zeit ihre Zuneigung bewahren. Sodann begrüße ich den Herrn Bundesminister des Innern, in dessen Hause seit bald vier Jahrzehnten das Ordenssekretariat seinen Ort hat, wofür wir auch hier unseren Dank aussprechen in der Erwartung, daß die Fürsorge auch in der Zukunft erhalten bleibe.

Ich begrüße den Herrn Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und danke ihm für die Einladung, die er dem Orden zuteil werden ließ. Der Orden hält seine öffentliche Jahressitzung gewöhnlich in Bonn ab, seit einiger Zeit aber in jedem zweiten Jahr möglichst in der Hauptstadt eines der Bundesländer. Wir haben die Einladung nach Hamburg um so freudiger angenommen, als der Orden seit langem durch eine ganze Reihe von Mitgliedern mit der Hansestadt verbunden ist. Nicht weniger als sieben seit der Ordensgründung sind gebürtige Hamburger gewesen. Zwei, nämlich der Astronom Jo-

hann Franz Encke und der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy, sind gleich im Jahr der Gründung aufgenommen worden, später folgten der Komponist Johannes Brahms, der überragende Orientalist Theodor Nöldeke, der Althistoriker Eduard Meyer, einer der letzten großen Universalhistoriker der Geschichte des Altertums, der Historiker Percy Ernst Schramm und der Schriftsteller Hans Erich Nossack, den wir leider vor kurzem verloren haben. Nicht wenige Ordensmitglieder wirkten während ihres Lebens kürzere oder längere Zeit in Hamburg; heute der Komponist György Ligeti und der Klassische Philologe Bruno Snell.

Unser Gruß gilt dem Präsidenten der Universität Hamburg, Herrn Dr. Fischer-Appelt, den Generalkonsuln von Belgien, Frankreich, Großbritannien und von den Vereinigten Staaten sowie den Repräsentanten der Kirchen. Wir freuen uns, daß auch diesmal zahlreiche Ordensmitglieder aus dem Ausland zu uns gekommen sind und danken ihnen für die Verbundenheit mit dem Orden, die sie dadurch bekunden; aus England: SIR ERNST GOMBRICH, FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK, SIR HANS KREBS, SIR RONALD SYME, LORD ALEXANDER TODD; aus Frankreich: RAYMOND ARON; aus der Schweiz: EMIL STAIGER, BARTEL LEENDERT VAN DER WAERDEN; aus den Vereinigten Staaten: ANDREAS ALFÖLDI, GEORGE KENNAN, VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF.

Sehr herzlich begrüße ich die Angehörigen der verstorbenen Ordensmitglieder, deren Trauer um den Verlust, den sie erlitten haben, wir teilen. Mein Gruß gilt Ihnen, Frau Dr. Ellen Friedrich-Gottlieb, und Ihnen, Frau Gabriele Nossack.

Wir hören nunmehr die Gedenkworte auf HANS ERICH NOSSACK und auf HUGO FRIEDRICH. Dann wird RAYMOND ARON »Über die Zukunft der freien Gesellschaften« sprechen.

GEDENKWORTE

HANS ERICH NOSSACK

30. 1. 1901–2. 11. 1977



Luis J. Herrera

Gedenkworte für

HANS ERICH NOSSACK

von

Bruno Snell

Hans Erich Nossack ist im Jahr 1901 in Hamburg geboren und hat viele Jahre seines Lebens hier zugebracht. Ich bin ihm nur gelegentlich begegnet, zuerst bei seinem Freund Hans Henny Jahnn. Er war kein leicht zugänglicher Mensch, wie schon sein gleichsam verhangenes Gesicht verriet. Bereits als jungem Menschen war es ihm unmöglich, sich einzuleben in den Kreis der Hamburger Patrizier, in dem er aufwuchs. Was »man« dort von ihm erwartete, schien ihm verlogen und borniert. So begann er seinen eigenen Weg 1920 an der Universität Jena als Student.

In der Wissenschaft fand er die Ehrlichkeit und Sauberkeit einer präzisen und wahren Sprache, nur vermißte er bitter, daß man sie nicht anwandte auf das, was ihm wichtig war: auf das gegenwärtige Leben, auf seine Nöte und Probleme. Die Tagebücher Hebbels und die Dramen Strindbergs hatten ihm

die Augen dafür geöffnet, wie viel in der bürgerlichen Gesellschaft falsch und verdorben sei. Für kurze Zeit glaubte er, das erlösende Wort in politischen Doktrinen zu finden, trat der Kommunistischen Partei bei und hoffte, in seinen ersten Gedichten und Aufsätzen dazu beizutragen, daß die Welt besser würde. Doch merkte er bald, daß auch hier die politisch Herrschenden geneigt waren, das moralisch Erstrebte in dem von ihnen bereits Realisierten zu sehen.

Dies politische Engagement hinderte ihn, in der vorgesehenen Zeit seine Studien abzuschließen, und da er seine ethischen Forderungen zunächst an sich selbst stellte und nicht, wie üblich, an die anderen, zog er die Konsequenz, kein weiteres Geld von seinem Vater anzunehmen. Das brachte ihn bald in bittere Not. Er hoffte, als Literat sein Leben zu fristen, aber dem »unabhängigen Linken«, der sich von der Dogmatik getrennt hatte, wurde das Publizieren schwer. Als dann die Nazis verboten, irgendetwas von ihm Geschriebenes zu drucken, kehrte er in das gutbürgerliche Leben zurück, in den Beruf seines Vaters, schrieb jedoch Gedichte, Novellen, Romane, Dramen. All das verbrannte bei den Bombenangriffen des Jahres 1943.

Nach dem Krieg trat er mit seinen mühsam gereiften Werken hervor. Deren Sprache zeigt, was er moralisch von sich verlangte. Das erste war, den »Tatsachen auf die Spur zu kommen«, das hieß: nicht in Lyrismen zu verfallen. Von der Nachtigall oder vom Mond zu sprechen, war ihm Kitsch und Lüge. Noch bedrohlicher schien ihm, daß künstliche Abstraktionen der Prosa ihn von dem entfernten, was ihn täglich und stündlich bedrängte. Er suchte es in einfachen Worten zu sagen, und verzweifelte immer wieder, – da blieb ihm nichts als das Schweigen.

Das exakte Denken bedrohte das Empfinden – und damit das Dichten. Wie bei den alten Griechen die Philosophen das naive Dichten erstickten, so daß dem Hellenismus nur witzige Ironie blieb und gelehrtes Spiel (wie bei Kallimachos) oder sentimentale Sehnsucht nach Arkadien (wie bei Theokrit), ist es ja offenbar auch uns geschehen: selbst die neuen geistigen Ansprüche, die das Christentum erhoben hat mit dem Bewußtsein vom guten Willen, von Mitgefühl und Nächstenliebe, sind eingegangen in die wissenschaftliche Terminologie von Psychologie, Pädagogik, Soziologie und in die dogmatischen Schlagwörter der politischen Parteien.

Was Nossack am Herzen lag, zeigt schlicht und eindringlich sein Gedicht »Bekanntnis zu Barlach«, in dem er den 31 Jahre älteren, den vor den Toren Hamburgs in Wedel geborenen Bildhauer zu seinem Vater wählt und sich vom Patriziertum seiner Stadt trennt:

Als sich die matte Zeit von ihrem Vater
Wehklagend abwandt, um den kleinen Harm
Wie ein gestraftes Kind im Mutterarm
Sich auszujammern, – wardst du mein Berater.

Ein Armer Vetter galt ich aller Welt,
Ich Findling, der ich mutterlos geboren;
An meiner Echtheit zweifelnd, ganz verloren,
Eh du mir meinen Toten Tag erhellt.

Ich ward dein Sohn, weil ich dein Wort verstand.
Ich ward dein Sohn, weil in der Sintflut schwand,
Was Sohn in mir vom Weibe und Geblüte.

Denn mehr als unsres Leibes Zwang und Wonne
Versöhnt uns, innig wie die Abendsonne,
Stets über alles, Vater, deine Güte.

Nossack hat dies »Bekennnis zu Barlach« selbst erläutert in einer »Ansprache für die Barlach-Matinee am 9. März 1952 im Deutschen Schauspielhaus, Hamburg« und dargelegt, was ihn an dessen Kunst ergriff. Da stehen die für Nossack charakteristischen Worte: »Wenn ich Ihnen verrate, daß ich Barlach niemals persönlich gegenübergestanden habe, so wird dies alles Sie vielleicht wundern. Ich habe nur Briefe mit ihm gewechselt, die 1945 verbrannt sind. Es handelt sich hier um eines der größten Versäumnisse meines Lebens; auch das gehört zu meinem Bekenntnis. Ich hatte genügend Gelegenheit, ihn in Güstrow zu besuchen. Daß ich es unterlassen habe, geschah weniger aus Trägheit des Herzens als aus Schüchternheit oder aus dem Gefühl eigener Unreife. Ich sagte mir: Du darfst einen so großen Mann nicht mit dir belästigen. Ich wußte damals noch nicht, daß der Begriff »großer Mann« doch nur eine von der Außenwelt erfundene und für die Außenwelt gültige Schablone ist, daß sich dahinter vielleicht ein Mensch verbirgt, der ganz schlicht nach unserer Liebe hungert. Für Barlach traf das um so mehr zu, als er wegen des über ihn ausgesprochenen Verbotes Anlaß zur Verbitterung hatte.

Das kam mir erst zum Bewußtsein, als es zu spät war. Als mir die seltsame Todesanzeige ins Haus gesandt wurde, auf der nichts anderes stand als: »Es starb Ernst Barlach, Ritter des Pour le mérite.« Das ist beinahe so unbarlachsches wie seine Grabstele in Ratzeburg. Und doch muß man diese Todesanzeige richtig verstehen; sie gehört nämlich unter die Akten der deutschen Widerstandsbewegung.«¹

¹ Vgl. Hans Erich Nossack, Pseudoautobiographische Glossen, Frankfurt a. M. 1971, S. 41f.

HUGO FRIEDRICH

24. 12. 1904 – 25. 2. 1978



H. Frick

Gedenkworte für
HUGO FRIEDRICH
von
Emil Staiger

Hugo Friedrich, 1904 in Karlsruhe geboren, in Karlsruhe aufgewachsen, war etwa vierzig Jahre lang, obwohl er es öfter anders hätte haben können, Professor für Romanistik an der Universität Freiburg im Breisgau. Er hat also, von Studienjahren und kürzeren Aufenthalten in anderen Städten und Ländern abgesehen, die badische Heimat nie verlassen. Es wäre aber ein großer Irrtum, daraus auf eine idyllisch-provinzielle Gesinnung schließen zu wollen. Hugo Friedrich war, in einem ausgezeichneten Sinne des Worts, ein Weltmann unter den deutschen Gelehrten. Zu einem solchen befähigte ihn sein elastisches Naturell und bildeten ihn Beruf und Neigung. Wir überblicken seinen Weg. Unter seinen akademischen Lehrern schätzte er am höchsten E. R. Curtius und Karl Vossler, zwei Romanisten also, denen, nach alter deutscher Tradition, die ganze Romania anvertraut war, das heißt französische, italie-

nische, spanische, wohl sogar auch portugiesische Sprache und Literatur, ein fast unübersehbares Gebiet, das wissenschaftlich zu betreuen die verschiedensten, man wäre versucht zu sagen, unvereinbare Fähigkeiten voraussetzt: die peinliche Akribie des Linguisten, die Kraft zur Bewältigung großer Massen, die der Historiker aufbringen muß, und jenes subtile künstlerische Empfinden, das unentbehrlich ist für jeden sinnvollen Umgang mit Literatur. In Hugo Friedrich scheint sich dies alles wie von selbst vertragen zu haben. Es war ihm natürlich, auch die geringsten sprachlichen Probleme grammatisch und wortgeschichtlich genau zu prüfen, bevor er sich unterstand zu sagen, er habe einen Text erfaßt. Historisches Material zu häufen und das gehäufte zu sichten und zu durchdringen, empfand er kaum als Pflicht; es war ihm, während langer Jahrzehnte, ein elementares Vergnügen, von dem er nicht genug bekommen konnte. Und diese ganze große Arbeit bewältigte er mit jener *disinvoltura*, die, verbunden mit der liebevollsten, geduldigsten Pflege des Details, zu einem künstlerischen Geist gehört. So war er wie kaum ein anderer geeignet, die große Tradition fortzusetzen. Und eben damit wuchs er immer weiter über den Kreis hinaus, dem er in seinem äußeren Leben mit der Weisheit dessen, der ungestört arbeiten will, die Treue hielt. Er hatte sich Kulturen zu widmen, die in den glänzenden Residenzen Madrid, Paris, Rom aufgeblüht waren, dem höfischen Stil vergangener Zeiten, Autoren so verschiedener und oft so ganz undeutscher Art wie Dante, Calderón, Pascal, Voltaire, zu denen uns ausführliche Studien in den beiden Aufsatzbänden »Romanische Literaturen« vorliegen. Und nach der Heimkehr aus dem Krieg begann er die Arbeit an zwei Büchern, die ihm bisher nur als vage Sympathien vorgeschwebt hatten: »Montaigne« (1949) und »Epochen der italie-

nischen Lyrik« (1964). Sie dürfen als seine Hauptwerke gelten. Die gelassene Heiterkeit Montaignes, seine vorurteilslose Art, sein tiefes Mißtrauen gegen alles dogmatische, systematische Denken, das nur zu oft den unbefangenen Blick auf die menschlichen Dinge stört, seine das ganze damals bekannte antike Schrifttum umfassende Bildung: das war ein Mann nach Friedrichs Sinn. Und so kam denn ein Meisterwerk zustande, das nun schon dreißig Jahre lang seinen Rang unangefochten behauptet und dem man noch eine lange rühmliche Zukunft prophezeien darf. Die Geschichte unserer Wissenschaft lehrt uns, daß nur Bücher lebendig bleiben, deren gediegener, mit aller Gründlichkeit erarbeiteter Gehalt in einer nüchternen, aber gerade im nüchternen Dienst an der Sache künstlerischen Prosa vorgetragen wird. Bücher ohne diese Qualität können uns vielleicht gut informieren; doch wenn wir informiert worden sind, so haben sie ihren Dienst getan. Zu Büchern wie Hugo Friedrichs »Montaigne« kehren wir immer wieder zurück; sie sind unerschöpflich, wie alles Lebendige unerschöpflich ist. Er selber äußert sich darüber in einem jener *understatements*, die dem *cortegiano*, der er war, so ausgezeichnet standen. Als man ihm 1969 das Ordenszeichen überreichte, sprach er unter anderem auch von seiner Neigung zur Musik. Er habe, sich seiner Grenzen bewußt, auf die Musik als Beruf verzichtet. Aber – so bemerkt er zu den Büchern und Schriften der Nachkriegsjahre (zu denen auch der schmale Band »Die Struktur der modernen Lyrik« gehört):

Vielleicht kam in diesen Arbeiten »jener anfängliche, aber nicht ausreichende Trieb zum Künstlertum auf indirekte Weise zu seinem Recht, in Gestalt der Freude, mit Prosa umzugehen«.

Darauf folgt der aufschlußreiche, nun in seiner unpolemischen, oder doch fast unpolemischen Diktion wieder typische Satz:

»An der inzwischen zur Mode gewordenen Mathematisierung der Literaturwissenschaft nehme ich nicht mehr teil.«

Er scheint damit zuzugeben, er sei bereits zu alt, um die neue mathematische Richtung mitzumachen. In Wahrheit schien ihm eine Literaturwissenschaft, die nichts von einer persönlichen Begegnung mit literarischen Texten wissen will, sinn- und zwecklos. Für ihn war Philologie etwas anderes. In einem Aufsatz über »Dichtung und die Methoden ihrer Deutung« nennt er die Deutung eines Textes »zur Reflexion erhobenen Genuß« und wagt es, die Wissenschaft von der Dichtung »genießende Wissenschaft« zu nennen. »Genießen« soll hier freilich zunächst wohl im Sinne Herders verstanden werden, wonach es so viel wie »voll und tief erfassen« bedeutet und dem »Begreifen« des Verstandes, das, wie das Wort ja offen zugibt, seinen Gegenstand nur von außen berührt, entgegengesetzt wird. Die Freude aber, oder doch die innige Genugtuung, an die wir heute vor allem denken, wenn wir von »Genießen« sprechen, hat Hugo Friedrich auch gemeint und dankbar-unbefangen begrüßt. Er schämte sich der Freude, des Entzückens bei den Entdeckungsfahrten des philologischen Geistes nicht. Er sah darin sogar das Organ, das jene Erkenntnis vermittelt, die auch durch modernste Apparaturen und den Einsatz raffinierter, wie man behauptet, objektiver Methoden nie zu gewinnen ist. Die Frage, ob sein Geschäft denn überhaupt noch als Wissenschaft gelten könne, machte ihm, wie alle nur terminologischen Fragen, keine Sorgen. Er mochte sich sagen, daß nach dem heute und vielleicht auch noch morgen gültigen Maßstab gerade die größten literarhistorischen Leistungen unseres und des letzten Jahrhunderts nicht mehr als wissenschaftliche anerkannt werden könnten, und wollte lieber mit Karl Vossler und Ernst Robert Curtius abgelehnt als dort erho-

ben werden, wo man, nach seiner Meinung, den Kunstcharakter der Dichtung gar nicht kennt.

Den Kunstcharakter! Die Poesie ist mehr als alle anderen Künste Mißverständnissen ausgesetzt. Man hat es sich zwar längst abgewöhnt zu fordern, daß sie belehren soll. Von kleinen Gruppen abgesehen, meint man das aber im Grunde noch immer. Sie soll einen interessanten seelischen Zustand bezeugen, sie soll die bestehende Gesellschaft stützen oder verändern. Hugo Friedrich dagegen bekannte sich zu jenem Kunstbegriff, der in der römischen Antike galt und bei den großen romanischen Völkern lange selbstverständlich blieb, zu einer Poetik, in der es nicht auf das »Erlebnis« ankam und »Originalität« nicht als höchster Wert figurierte, sondern die Imitatio, die Weiterentwicklung einmal gefundener Formen und Motive, ihre Steigerung, Verfeinerung und Vertiefung, als größte Leistung anerkannt wurde. Die sachgerechte Würdigung einer solchen Poesie setzt ein immenses historisches Wissen voraus. Der Historiker muß sich, nach Goethes Wort, von dreitausend Jahren Rechenschaft geben, wenn er die Lyrik eines Petrarca, eines Giambattista Marino im eigentlichen Sinne verstehen will. Hugo Friedrich bietet sein Wissen mit jener bewundernswert leichten Hand, die nur in einem langen und geduldigen Umgang mit einem schwierigen Instrument zu gewinnen ist. Und ebenso unauffällig, aber präzise und unmißverständlich teilt er seine künstlerischen Einsichten mit, nicht zuletzt in den dichterischen Übersetzungen, die er den ausgewählten interpretierten Texten beigibt. Aber auch der Autorität seiner italienischen Kollegen, die er hochschätzt, beugt er sich nicht unbedingt. Sie mögen ihre Zweifel an Michelangelos Poesie anmelden; er bleibt bei der im deutschen Sprachgebiet vorherrschenden Hochachtung vor einem Mann,

der seine einzigartige Größe nicht verleugnet, auch wenn er, statt zu Pinsel und Meißel, hin und wieder zur Feder greift. Eine gelehrte und in feinsten Nuancen vibrierende, aber auch, was bei diesem Thema nicht selbstverständlich ist, völlig un-sentimentale Darstellung ist damit zustande gekommen. Leider war es Hugo Friedrich nicht mehr beschieden, die Arbeit, was seine Absicht war, mit Leopardis Lyrik zu beschließen. Sie bleibt auch so die unschätzbare Leistung eines Künstlergelehrten, wie man ihn heute ganz selten antrifft. Eben deshalb ist es wohl auch am Platz, die Bücher Hugo Friedrichs mit einem Wort zu charakterisieren, dessen man sich sonst kaum mehr bedient und das doch unentbehrlich ist. Ich möchte sie nämlich »klassisch« nennen und damit sagen, daß sie zugleich vorbildlich und unnachahmlich sind und sich deshalb in immer wieder erneuerter Jugendlichkeit behaupten.

ETIENNE GILSON
13. 6. 1884 – 19. 9. 1978



E. U. Gilson

Gedenkworte für

ETIENNE GILSON

von

Karl Rahner

Etienne Gilson wurde am 13. Juni 1884 in Paris geboren. Nach einem normalen Studiengang, in dem Levy-Bruhl und Bergson zu seinen Lehrern gehörten, und Kriegsdienst mit Gefangenschaft im I. Weltkrieg nahm Gilson eine Professur für mittelalterliche Philosophie an mehreren Universitäten Frankreichs (darunter auch Strassbourg) wahr. Er lehrte dann von 1927–1932 an der Sorbonne in Paris, von 1931–1951 am Collège de France. 1926 gründete er mit G. Théry zusammen die Archives d'Histoire Doctrinale et Littéraire du Moyen-âge; 1929 war er in Toronto Mitbegründer des Institute of Mediaeval Studies, dessen Direktor er 1951 wurde. Von 1951 an arbeitete und lehrte er somit in Kanada. Seit 1947 war er Mitglied der Académie Française; 1949 Offizier der Ehrenlegion; am 18. Juni 1955 wurde er in unseren Orden gewählt. Er war Ehrendoktor vieler Universitäten, durch Mitgliedschaften bei

Akademien und Gastvorlesungen vielerorts geehrt. (1922 leitete er Küchen für hungernde Kinder in Odessa und Saratov.) Seine immense schriftstellerische Arbeit (eine genauere Aufzählung seiner Werke ist hier unmöglich) erstreckt sich auf viele Gebiete. Er verfaßte eine Reihe philosophiegeschichtlicher Monographien über Einflüsse der Scholastik auf Descartes, über Augustinus, Bernhard von Clairveaux, Héloïse et Abélard, Bonaventura, Thomas, Skotus, Dante; philosophiegeschichtliche Lehrbücher über das XIII. Jahrhundert, die auch heute noch ihren Rang trotz Fernand Van Steenberghen und Copleston behalten; er hat systematische Darstellungen der thomistischen Philosophie verfaßt, unzählige Einzelarbeiten auf seinem Fachgebiet und auch beachtliche Arbeiten zur Ästhetik und Sprachphilosophie geschrieben. Er ist am 19. September 1978 in Cravant (Yonne) gestorben.

Wenn man das Wesentliche des Werkes dieses großen Historikers umschreiben will, kann man vielleicht sagen: Gilson hat uns die Philosophie des XIII. Jahrhunderts entdeckt; er hat uns diese Landschaft des Geistes so beschrieben, daß wir uns heute eine deutliche und differenzierte Vorstellung machen können. Er hat so zum Beispiel gezeigt, daß Thomas eine fundamentale Veränderung des Aristotelismus vornimmt, daß es im Mittelalter fundamental verschiedene Philosophien innerhalb des Christentums gibt, die sich gar nicht auf einen selben Sachnener bringen lassen. Nicht als hätte Gilson bei dieser Leistung keine Vorgänger und Nachfolger gehabt, angefangen von Ehrle, De Wulf, Mandonnet, Grabmann, Pelster usw. Nicht als ob er nicht den Mut gehabt hätte, selber zu denken und systematische Philosophie zu treiben. Nicht als ob er von vornherein erhaben sei über die Kritik, die z. B. F. Van Steenberghen und andere an seiner Deutung der mittelalterlichen

Philosophie geübt haben. Nicht als ob es sicher sei, daß er bei der Verhältnisbestimmung zwischen Philosophie und Theologie im mittelalterlichen Denken nicht doch von einer Unterscheidung als selbstverständlich ausgegangen wäre, die uns heute nicht mehr selbstverständlich ist. Aber bei all diesen Vorbehalten bleibt er eben doch der große Deuter der Philosophie des XIII. Jahrhunderts und gewinnt von da aus (ursprünglicher als sein Freund Maritain) einen Zugang zur systematischen Philosophie und das auch in ihren heutigen Gestalten; er nimmt Stellung zur modernen Existenzphilosophie, sogar zur abstrakten Kunst und zu politischen Tagesproblemen. Er bleibt der große Historiker der großen Philosophie des XIII. Jahrhunderts. Als solcher nennt er sich in stolzer Bescheidenheit einen Zwerg, der bewußt auf den Schultern der großen Gestalten der Vergangenheit steht und, wie er sagt, gerade dadurch weitersieht als diese selbst. Diese stolze Bescheidenheit, sagt Gilson, sei heute verlorengegangen. Er selbst freilich hat sie geübt; seine eigene Philosophie und sein Thomismus kannten darum die Geschichtlichkeit des Daseins. Gilson hat einmal gesagt, daß viele unter uns von dem Leben, was sie nicht mehr kennen. Daß es für uns nicht so sei, dazu kann er auch heute noch uns ein klein wenig helfen.

**REDE VON
RAYMOND ARON**

RAYMOND ARON

ÜBER DIE ZUKUNFT DER FREIEN GESELLSCHAFTEN

In erster Linie darf ich dem Ordenskanzler Dank sagen dafür, daß er die mir vor zwei Jahren zugegangene Einladung wiederholt hat. Damals hatten mir die Umstände nicht erlaubt, diese Ansprache zu halten, die ich heute also nachholen will. Von allen akademischen Ehrungen, die mir in reichem Maß zuteil geworden sind – und wohl mehr wegen meines Alters als wegen der Bedeutung meines Werkes –, hat mir die Aufnahme in diesen, hier vor mir versammelten Orden am meisten bedeutet, handelt es sich doch um einen deutsch-französischen Titel, der mich an die Träume meiner Jugend erinnert, der gewissermaßen ein Symbol ist jenes kulturellen Europas, das in der Vergangenheit unter einem anderen Namen bestanden hat und das noch der Wiedererrichtung harret.

Dieses Europa sollte an sich nicht an der Trennungslinie zu Ende sein, die zwei Teile des deutschen Volkes voneinander trennt. Wenn wir uns aber an politische Maßstäbe halten, wenn wir berücksichtigen, daß England, die Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich die typischen Beispiele von freien

Gesellschaften sind, dann müssen wir feststellen, daß auch diese in der Mitte Deutschlands enden, wobei wir weiter feststellen, daß gegenwärtig diejenigen Gesellschaften, die wir frei nennen, nur eine schwache Mehrheit unter den in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten darstellen: zu dieser Gruppe können wir neben den westeuropäischen Staaten die englischsprachigen Länder Nordamerikas, die britischen Commonwealth-Länder mit europäischer Bevölkerung und vielleicht einige lateinamerikanische Länder rechnen sowie noch – eine scheinbar paradoxe Figur – Indien.

»Freiheitlich« nennen wir heute ein Regime, das wir in früheren Zeiten zugleich demokratisch und liberal genannt hätten. Der erstere Begriff bezeichnet die Art der Berufung der Regierenden, der zweite umschreibt die Grenzen der Staatsgewalt beziehungsweise die dem Einzelnen zukommenden Rechte. Die Regimes der Bundesrepublik und Großbritanniens sind, trotz aller Verschiedenheiten, zugleich demokratisch und liberal: demokratisch darum, weil die Legitimität der an der Regierung Befindlichen aus dem Wahlkampf hervorgeht, den sich die einzelnen Parteien, innerhalb der Parteien aber die einzelnen Persönlichkeiten, liefern; liberal, weil die Grundrechte der Person respektiert sind, weil die Gewerkschaften dem Staat nicht unterworfen sind und die Polizei ihr Amt nur unter Aufsicht der Justizbehörde ausübt.

Dem heutigen Sprachgebrauch gemäß sind frei diejenigen Völker oder Gesellschaften, deren politisches Regime demokratisch und liberal ist. Der deutsche Begriff vom Rechtsstaat, schwer ins Französische zu übersetzen, ist nicht mit Demokratie zu verwechseln. Die deutschen Staaten vor 1870 waren Rechtsstaaten, ohne deshalb demokratisch in unserem heutigen Sinn zu sein; auch das wilhelminische Reich war ein Rechts-

staat, im weiten Grade liberal, kaum demokratisch; behielt doch Preußen seine Ständevertretung und stand die oberste Gewalt einem nicht durch den Volkswillen, sondern durch Geburt, durch das geschichtliche Gewicht einer bestimmten Familie berufenen Herrscher zu. Heutzutage, dem totalitären Regime entgegen, erscheint das demokratische Regime der echte Rechtsstaat oder jedenfalls die beste Garantie des Rechtsstaats.

In den Vereinten Nationen erklären sich alle Staaten demokratisch; sie berufen sich auf den Volkswillen, auf das Volk. Aber wir engen den Begriff Demokratie auf bestimmte Regimes, deren Rechtsordnung Richtlinien vorsieht, denen gemäß die Parteien um die Macht im Staat zu ringen haben und denen gemäß die Regierung die Macht dann auszuüben hat. Die Wahl hat nur unter der Bedingung Sinn, daß sie Gegenstand eines Wettstreits ist, mit anderen Worten, wenn der Wähler zwischen mehreren individuellen oder kollektiven Kandidaturen die Wahl hat. Darum sprechen – zumindest in Frankreich – Politiker und auch Staats- und Gesellschaftswissenschaftler oft von Pluralismus, so daß der Pluralismus mit der Demokratie zusammenzufallen oder ihr Wesen auszumachen scheint. Eine Auffassung, die J.-J. Rousseau und auch manch andere Theoretiker der Demokratie entrüstet hätte. Schließt sie doch irgendwie die Möglichkeit von vornherein aus, daß außerhalb und über den Parteien ein allgemeiner Volkswille oder ein höheres Staatsinteresse bestehen könnten.

Warum hat nun der Pluralismus sowohl in der Theorie als in der Praxis unserer sogenannten demokratischen Staatsordnungen einen so bevorzugten Platz errungen? Sofort hat man dafür eine einfache Erklärung. Gerade im Zeichen der Anklage des Pluralismus und seiner Folgen haben sich totalitär ausgerichtete Parteien den Weg zur Machtergreifung gebahnt. Hin

und her gerissen zwischen Parteien mit unvereinbaren Ideologien scheint der Staat zur Ohnmacht verdammt. Eine der Parteien stellt dann die Staatsgewalt wieder her und reserviert sich ihren ausschließlichen Besitz. In anderen Fällen, wo die Parteien aus ihren kleinlichen Zänkereien nicht herauskommen und nicht fähig sind, eine Regierungsmehrheit zusammenzubringen, füllt für kürzere oder auch für längere Zeit die Armee ihren Platz aus. Es gibt einen zweiten Grund: enthält nicht in sich die volkstümliche Grundlage der Macht das Moment der Wahl der Vertreter durch die Vertretenen? Die Frage würden wir zweifellos mit ja beantworten. Aber Sie wissen, wie zahlreich die Wahlen ohne wirkliche Wahl sich abspielen.

Wir haben in unserem Jahrhundert zwei Beispiele des Einparteien- und totalitären Regimes gehabt. Die Einheitspartei strebt nach dem Monopol des ganzen politischen Lebens und nach der alleinigen Geltung ihrer Ideologie. Die nationalsozialistische Partei und die kommunistische Partei hatten also in dieser Hinsicht dasselbe Ziel: Wiederherstellung der politischen, ja ideologischen oder geistigen Einheit durch die Aufstellung ihrer Doktrin als politisches Dogma. Jede Partei, die die anderen mit ihr konkurrierenden Parteien ausschalten will, kann aufgrund ihres Wahrheitsanspruches nicht umhin, gewisse Freiheiten abzuschaffen, vor allem die Meinungsfreiheit. Je nach den Umständen werden von den Machthabern in der Sowjetunion die Bereiche, wo auf Linientreue gesehen wird, beschränkt oder ausgedehnt. Noch ist die Tragödie der sowjetischen Biologen in aller Gedächtnis: sie wurden Opfer eines Scharlatans, der die Genetik und ihre Wissenschaftler aus der proletarischen Wissenschaft verbannen wollte. Nicht einmal die Hitlerideologen sind so weit gegangen – wenn wir

von der Anthropologie absehen wollen –, die den jüdischen Gelehrten verdankten Errungenschaften aus der erlaubten Wissenschaft zu streichen.

Jedes Einparteienregime ist nicht auch schon totalitär. Der Marxismus-Leninismus hat zum Totalitarismus geführt, weil er eben die gesamte Menschheitsgeschichte erklären, die endgültige Gesellschaftsform in großen Zügen vorzeichnen will; weil die Idealgesellschaft, von der er träumt, als Vollendung der Weltgeschichte das Aufgehen der bürgerlichen Gesellschaft im Staat und mit Hilfe des Staates voraussetzt. In dieser zweifachen Hinsicht bleibt der Marxismus-Leninismus also totalitär, obgleich sich weder die Ideologie noch die Praxis dem Zahn der Zeit völlig entziehen können. Außer den offiziell und tatsächlich marxistisch-leninistischen Ländern Nordkorea, Kuba, Vietnam, Albanien und selbstverständlich China sind aber die meisten Einparteien-Regimes, etwa in Nord- oder Schwarzafrika, nicht totalitär.

Es handelt sich um autoritäre Regimes, wo eine kleine, manchmal um einen Führer gescharte Menschengruppe den Staat in Händen hat, aber um die Bestätigung durch die Wähler bemüht ist. Freilich folgen die Regierungsequipe sowie die Partei, aus der sie hervorgeht, einer mehr oder minder klar gefaßten, stets sozialistisch angehauchten Doktrin, die aber vom Marxismus-Leninismus sehr weit entfernt ist. Diese Einheitsparteien, bei denen die Absicht der völligen Umformung der Gesellschaftsordnung und der menschlichen Existenzgrundlagen fehlt, lassen normalerweise der Diskussion, der Forschung, ja sogar der Opposition einen gewissen Spielraum. Ob die Gegner ausgerottet oder geduldet, mundtot gemacht oder physisch ausgemerzt werden, hängt vom Führer oder von seiner Gefolgschaft ab.

Behält man den Namen »freie Gesellschaften« jenen Gemeinschaften vor, die alle Züge der anglo-amerikanischen oder westeuropäischen Regimes aufweisen, dann schwankt man als Beobachter zwischen zwei in unseren Ländern diesbezüglich bekannten Theorien. Die Kulturen, welche von den westlichen Staaten erschüttert, vielfach gedemütigt und besiegt worden sind, bedienen sich jetzt der Instrumente unserer Macht und Wohlfahrt, der Wissenschaft, der Technik, der Industrie, verwerfen aber unsere politischen Einrichtungen, die zum typischen Ausdruck abendländischer Wertungen geworden sind. Der Dritten Welt sind Hochöfen lieber als Parlamente. Ebenso wenig verbreitet ist die These, nach der das demokratisch-liberale Regime in den armen Ländern, die die Anfangsstadien der Modernisierung durchschreiten, keine Chance hat. Ist es nicht in der Tat auffallend, daß auf der Karte die Zone der liberalen Demokratie sich mit nur wenigen Ausnahmen mit der Zone hohen Lebensstandards deckt?

Gehen wir etwas näher auf die Ausnahme ein. Ich meine Indien. Der Ministerpräsident hatte – unter Ausnützung oder Mißbrauch einiger auf Krisenzeiten bezüglicher Klauseln der Verfassung – die Häupter der Opposition hinter Schloß und Riegel gesetzt. Frau Gandhi befreite dann die Gegner einige Wochen vor den Wahlen, bei denen sie sicher war zu siegen. Aber sie verlor sie, und die politischen Freiheiten, die eingeschränkt oder abgeschafft worden waren, wurden wiederhergestellt.

Man sieht also, wie ein Land, das nach den landläufigen Theorien nicht mit demokratischen, liberalen Methoden regiert werden kann, beharrlich an der britischen Erbschaft festhält. Dreißig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung bezeugt die *Welt der Politik* (»classe politique«) dort nach wie vor ihre

Achtung vor dem Parlament freien Wahlen, dem Prinzip des Habea Corpus. Freilich, man könnte einwenden, daß die dortige Sozialstruktur, das Überleben der Kastengesellschaft nicht gut zu einer »freien Gesellschaft« passen und daß dreiBig Jahre eine für Vorhersagen zu kurze Periode sind. Ich verkenne nicht die Stichhaltigkeit aller dieser Einwände. Am Beispiel Indien wird nur meiner Meinung nach ein Phänomen greifbar, von dem aus man die Plattheiten in Zweifel ziehen kann, die allgemein im Schwange sind. Wo die demokratischen Einrichtungen einen guten Ruf und moralische Autorität haben, wo die Leute an der Macht ihre Gewalt nicht konsequent bis zum Äußersten auszuüben wagen, kann das liberale Regime auch in einem sozial schwierigen Kontext überleben, unter der Bedingung, daß die Massen nicht durch ungestüme Modernisierung und Zerstörung ihrer Traditionen zur Revolte getrieben werden. Einerseits eine Politikerschicht, die an den freiheitlichen Einrichtungen hängt, andererseits Volksmassen, die noch mehr auf ihre althergebrachten Glaubensvorstellungen halten als auf diesseitige Heilsverkündungen, das scheinen mir die beiden Ursachen des aus der Reihe fallenden Phänomens Indien zu sein.

Nun wieder zurück zu Europa. War die demokratische Restauration im Jahre 1945 ein Erfolg? Zweifellos. Zur Überraschung der meisten Beobachter hat sich das Franco-Spanien unter monarchischer Leitung bruchlos in ein demokratisch-repräsentatives, pluralistisches, liberales Regime verwandelt. Nach Salazars Sturz haben die Gemäßigten, die liberalen Demokraten über die extremistischen Anwandlungen die Oberhand behalten. Ein englischer Philosoph, Ernest Gellner, hat eine auf den ersten Blick hin paradoxe Behauptung aufgestellt: die Idee der Liberalisierung sei daran, an die Stelle der

Idee der Revolution zu treten. Tatsächlich ist im Süden wie im Osten Europas die Liberalisierung mehr und mehr an der Tagesordnung.

Warum der Gegensatz zwischen der Nachkriegszeit nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg? Warum haben sich die negativen Seiten der demokratisch-liberalen Regimes im Verlauf der letzten dreißig Jahre abgeschwächt, während sie nach 1918 so grell zutage traten? Das pluralistische Regime, welches die Staatsgewalt aus der Parteienkonkurrenz hervorgehen läßt, läuft ständig Gefahr, keine Mehrheit oder doch nur schwankende und aus diesem Grund handlungsunfähige Mehrheiten zur Verfügung zu haben. Die legitime Konkurrenz von Parteien, die die Verfassung respektieren, wird zu einem gleichsam revolutionären Kampf in dem Moment, wo das Weiterbestehen des Grundgesetzes zum Streitobjekt wird. Man denke nur an die letzten Jahre der Weimarer Republik, man vergleiche diese mit der Bundesrepublik, und man ermißt mit einem Blick den Abstand zwischen den Extremfällen: in dem einen sehen wir verfassungstreue Parteien durch die der Verfassung als solcher feindselig gegenüberstehenden in die Minderheit gedrängt; in dem anderen lassen die drei Parteien, auf die es allein ankommt, die Organisation und die Prinzipien des Regimes ganz aus dem Spiel.

Die gleichsam einstimmige Anerkennung der Verfassung allein genügt noch nicht zur Sicherstellung einer homogenen Mehrheit. In Frankreich entgeht die Fünfte Republik, dank einem dem Staatspräsidenten eingeräumten Übergewicht sowie dank dem Wahlsystem, der alten Nationalkrankheit der mangelnden Stabilität, wie sie in den vorhergehenden Republiken zu beobachten war. Drei von den vier großen Parteien stehen heute der Politik der Regierung ablehnend gegenüber.

Mit einer anderen Verfassung befände man sich in einer ausweglosen Lage, so wie in gewissem Sinne Italien, wo die Christdemokraten nicht ohne die Kommunisten regieren können und mit ihnen nicht regieren wollen.

Sozusagen verschwunden vom politischen Schauplatz sind die Konterrevolutionäre, die Anbeter der Überlieferung, die Gegner einer von Wirtschaft und Handel getragenen Zivilisation, die Rechtsradikalen. Das Beispiel und die Nachbarschaft des Marxismus-Leninismus an der Macht schwächt die Anziehungskraft von Bewegungen, die Lehren derselben Tendenz anhängen. Obwohl die kommunistischen Parteien in Italien und in Frankreich ihre Kundschaft halten oder sogar vermehren – freilich unter Beteuerung ihres Respektes vor der bestehenden Verfassung.

Das außergewöhnliche Vierteljahrhundert ununterbrochenen Wirtschaftswachstums, das die Europäer erlebt haben, hat die liberalen Regimes mit dem Nimbus des Erfolgs umgeben, während die Ohnmacht gegenüber der großen Depression in den dreißiger Jahren zur Verdammung der Politiker und Institutionen führte. Die Krise der letzten fünf Jahre führt keineswegs zu Reaktionen, die jenen von der großen Depression ausgelösten vergleichbar wären. So hat denn auch die heutige Krise mit jener von 1929–1933 höchstens den Namen gemein. Weder die Lage der Arbeiter noch die der Arbeitslosen von heute ist mit der Situation dieser Kategorien zu jenem Zeitpunkt vergleichbar, als Millionen Wähler ihre Stimmen und ihr Vertrauen den Nationalsozialisten oder den Kommunisten schenkten.

Natürlich könnte eine wirkliche Energieknappheit die westlichen Regimes erschüttern und vielleicht in Frage stellen.

Zu diesen beiden Hauptgründen (die Extremisten förmlich vom Erdboden verschwunden, die Wirtschaft blühend) kommt nun ein dritter: der Abstieg der Nationalismen. Nach dem ersten Weltkrieg hatte Frankreich im Konzert der Mächte Europas, ja der Welt, eine Stellung inne, die in keinem Verhältnis stand zu seinen Kräften, zu seinem nationalen Willen, zur Standfestigkeit des Regimes. Deutschland dagegen verfügte nach wie vor über die Hilfsmittel einer Weltmacht, einer großen Politik; behindert durch den Versailler Vertrag forderte es – und in dem Maß, in dem die wirtschaftliche Notlage sich in die Länge zog, mit wachsendem Ungestüm – die Revidierung gewisser Vertragspunkte. Heute haben alle europäischen Staaten ihre Großmachtstellung – oder ihre diesbezüglichen Illusionen – verloren. Die Bundesrepublik Deutschland hat – bis 1969 – außenpolitisch kaum eine Wahl gehabt. England hat sich als *gentleman* aus seinem Kolonialreich zurückgezogen und sich in seinen wirtschaftlichen Abstieg fast mit Humor gefügt; freilich ist es nur ein relativer Abstieg, im Vergleich zum Fortschritt der kontinentalen Länder. Als Macmillan seinen Wahlkampf mit dem Slogan führte: »You never had so good«, sagte er die Wahrheit. Aber die in derselben Zeit von ihren Erfolgen selbst ganz überraschten Franzosen waren drauf und dran, Großbritannien mit ihrem Nationalprodukt zu überholen. Die im demokratisch-parlamentarischen Leben oft unvermeidliche Kompromißpolitik reimt sich schlecht zu den außenpolitischen Notwendigkeiten. Frankreich mußte zu Ende der fünfziger Jahre eine Entscheidung treffen, die für das Land selbst von weltgeschichtlicher Bedeutung war. Es mußte, um den Algeriern ihre Unabhängigkeit zuzubilligen, auf einen Diktator – im altrömischen Sinn – zurückgreifen. Eine auf eine heterogene Regierungsmehrheit

gestützte Führung hätte den gordischen Knoten wahrscheinlich nicht zerschlagen.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben als Weltmacht *par excellence* – ohne deshalb ihre Verfassung zu ändern – eine imperiale Politik geführt. Zwischen 1947 und 1973, zwischen dem Beginn des Kalten Krieges und dem Sturz Richard Nixons, haben die Inhaber des Präsidentenamtes alle Machtmittel spielen lassen, die die Verfassung ihnen bot, beziehungsweise, besser gesagt: nicht ausdrücklich vorenthielt. Mit Recht hat man von einer kaiserlichen Präsidentschaft gesprochen.

Die Katastrophe in Vietnam führte zur Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß. Dieser verweigerte Henry Kissinger die etlichen Millionen Dollar, die er zur Unterstützung einer der Befreiungsbewegungen in Angola verlangte. Ebenso verzögerte die griechische Lobby um einige Jahre die Wiederaufnahme der amerikanischen Hilfe für die Türkei (mit dieser Hilfe war wegen der Zypern-Ereignisse ausgesetzt worden).

Die Diplomatie der Vereinigten Staaten hat sich geändert, weil die Volksstimmung sich geändert hat und weil auch der Kongreß die Aktionen des Präsidenten genauer überwacht. Zur Verhinderung eines neuen Vietnam-Krieges? Oder um dem, dem das nationale Geschick anvertraut ist, die Hände zu binden? Vielleicht beides zugleich.

Lassen Sie mich jetzt einen Blick in die Zukunft tun. In erster Linie möchte ich einige Behauptungen widerlegen, die da und dort auf Widerhall stoßen, aber der Prüfung nicht standhalten. Da man demokratisch-liberale Regimes fast ausschließlich in den industrialisierten Ländern mit hohem Lebensstandard findet, warum sollte man nicht die Hoffnung haben dürfen, daß die autoritären oder totalitären Regimes sich zu demokra-

tischen oder doch wenigstens liberalen Strukturen hin entwickeln? Diese Theorie nannte man vor einigen Jahren Konvergenztheorie. Man könnte sie auch auf die Länder der Dritten Welt anwenden.

Diese Theorie ist – obwohl die Marxisten-Leninisten sie zurückweisen – marxistisch inspiriert. Die Regierungsform Funktion des Lebensstandards oder des wirtschaftlichen Entwicklungsgrades? Man muß an die Korrelation von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen denken. Diese Theorie impliziert, daß die demokratisch-repräsentativen Einrichtungen, der Parteienpluralismus eine universelle Erscheinung sind, der normale politische Ausdruck eines wirtschaftlich blühenden, modernen Landes. Eine letztlich europäozentrische Anschauung: der britische Parlamentarismus, schon auf dem europäischen Kontinent nur unter Schwierigkeiten rezipiert und heimisch gemacht, soll sich über die ganze Welt ausbreiten, zugleich mit den Autos und mit den Flugzeugen. Naive Geschichtsphilosophie.

Sicherlich stellt man in der Sowjetunion eine Liberalisierung im engeren Sinn des Wortes fest: Vergrößerung der den Künstlern, dem Privatleben gelassenen Freiheitszone. Etwas wie die Affäre Lyssenko scheint in der Sowjetunion von heute kaum mehr möglich. Aber die Liberalisierung stößt auf zwei Hindernisse: die Legitimität der kommunistischen Partei, die Notwendigkeiten des Imperiums.

Schriftsteller, Gelehrte und Künstler haben nun einen etwas größeren Spielraum in ihrem Schaffen, in ihrer Forschung, ja auch bei der Kritik der Zustände. Aber die Kritik der Wirklichkeit darf eben das Regime als solches nicht treffen. Was die wirkliche Liberalisierung der Einparteien-Regimes verhindert, ist der Umstand, daß sie die Infragestellung der Legiti-

mität der Parteiherrschaft nicht zugeben können. Es stimmt, daß die Mehrparteien-Regimes in manchen Ländern die Anerkennung der Verfassung durch alle Staatsbürger fordern. Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, diejenigen Parteien zu dulden, die sich auf offene oder heimliche Weise als Ziel die Veränderung der Verfassung durch Gewalt geben. Aber sie schließen die Diskussion über die Verfassung des Staates oder die Struktur der Gesellschaft nicht aus. Der Marxismus-Leninismus dagegen ist gezwungen, die Infragestellung auf das geringste Maß zurückzuschrauben, weil die Gesellschaft, die auf ihm beruht, dem Ideal der Doktrin nicht entspricht. Die Rede- und Meinungsfreiheit ist unvereinbar mit einem Regime, dessen Prinzipien seine Praxis verurteilen.

Eine teilweise, fortschreitende Liberalisierung der Sowjetunion ist nicht auszuschließen, eine wirkliche Demokratisierung dieses Vielvölker-Imperiums aber erscheint mir historisch kaum denkbar. Eine Parteienkonkurrenz wie die in den Vereinigten Staaten scheint mir unvorstellbar, solange die Sowjetunion bleibt, was sie ist, eine durch militärische Gewalt bewirkte Vereinigung von Völkern, aufrechterhalten durch die ideologische und politische Einheit des Zentrums. Die freiwillig oder unfreiwillig ins westliche Exil gegangenen Dissidenten sind mehr oder minder einstimmig gegen das gegenwärtige Regime, hinsichtlich der Notwendigkeit der Freizügigkeit gegenüber den fremdnationalen Völkerschaften gehen (von nichtssagenden Erklärungen abgesehen) die Meinungen auseinander.

Von den drei Weltmächten unserer Zeit gehören zwei, die Sowjetunion und Volkschina, nicht den Gesellschaften an, die man frei nennen könnte. Nicht nur weil der Lebensstandard nicht hoch genug und weil die Beschleunigung des wirtschaft-

lichen Wachstums das höchste Ziel ist. Verschiedene Erklärungen, die sich nicht ausschließen, scheinen wahrscheinlich.

Wenn auch – von oben herab – modernisiert, europäisiert, hat Rußland doch seine Bürokratie über alle revolutionären Umwälzungen hinweg beibehalten. Seit dem achtzehnten Jahrhundert hat diese Bürokratie die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft erstickt. Die Ideologie, der die sowjetischen Herrscher still in einem gewissen Sinne treu geblieben sind, verurteilt und verhindert die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die Autonomie verschiedener Gruppen. Trotz mancher spezifischen russischen Züge bietet leider die sogenannte marxistisch-leninistische Partei ein mögliches Modell für die technische Zivilisation, eine primitive Lösung der Schwierigkeiten der pluralistischen Demokratien.

Überall ist die Macht der Tradition erschüttert oder, besser gesagt, ihres Wesens beraubt worden. Wo sie noch besteht, wie im Nahen und Mittleren Osten, ist sie sich ihrer Gebrechlichkeit bewußt. Mag sie der Modernisierung nun die Tore öffnen oder sie ihr verschließen, diese nagt an ihren Grundfesten. Wo die Tradition, also die auf dem Gewicht der Vergangenheit begründete Legitimität einmal ausgeschaltet wurde, kann es nur mehr zwei Arten von Legitimität geben, die eine mit dem Argument »Gegenwart« und die andere mit dem Argument »Zukunft«, alle beide unter Berufung auf das Volk. In den pluralistischen Demokratien wird der Staatsbürger befragt und die Regierungsbefugnis vom Wahlergebnis abgeleitet; die Einparteien-Regimes berufen sich auf ihre Sendung und auf ihre geschichtliche Aufgabe, die als Dienst an den kommenden Generationen gesehen wird. Logisch betrachtet, besteht zwischen Demokratie und Einheitspartei ein Widerspruch, aber sowohl die Erfahrung als die Theorie erweist ihre

Vereinbarkeit, jedenfalls in Wörtern. J.-J. Rousseau unterschied zwischen dem Willen aller und dem Willen der Allgemeinheit. Alle Einheitsparteien, die auf ihr Monopol pochen, halten sich für den Ausdruck des Willens der Allgemeinheit, der als dem Insgesamt der Staatsbürger zugleich immanent und überlegen gedacht wird. In den stabilisierten Demokratien ist die Verfassung der Kern des Willens der Allgemeinheit.

Somit spielt sich der Parteienstreit im Rahmen der angenommenen Regel ab und hat nicht die Regeln als solche zum Streitobjekt. Daraus schließe ich aber nicht, daß die pluralistischen Demokratien nur in den befriedeten Ländern gedeihen, in denen sie imstande sind, sich ohne Orientierungsänderung, ohne Ausmerzungen lästiger Überbleibsel zu entwickeln. Manche liberale Demokratien zeigen tatsächlich eine wirkliche Adaptationsfähigkeit. Ich will nur sagen – und ich bitte um Verzeihung wegen dieser ganz simplen Feststellung –: ein Regime, in dem die Staatsgewalt aus dem Wettbewerb der Parteien hervorgeht, hat mehr Chancen zu bestehen und wirkungsvoll zu handeln, wenn die Parteien, also die gesellschaftlichen Gruppen, nicht in vitalen Fragen uneins sind. Man kann auch noch sagen: wenn es um die Grundinteressen der verschiedenen Gruppen geht, verfügt die durch die allgemeinen Wahlen berufene Partei nicht immer über eine Mehrheit oder stößt sich, auch wenn sie über eine solche verfügt, an Widerständen, die sie nur schwer durch gewöhnliche Maßnahmen überwindet. Da stellt sich die Frage der sogenannten Unregierbarkeit der modernen Demokratie.

Mit anderen Worten, die Demokratie – wie übrigens alle politischen Herrschaftsformen – ist und bleibt verwundbar. In höherem oder geringerem Grad als das Einparteien-Regime? Darüber kann man streiten, und die Antwort ist schließlich

ohne Belang. Ich möchte nur noch – am Ende dieser Übersicht – einige spezifische Gründe für die Gebrechlichkeit der pluralistischen Demokratien in unserer Zeit aufzeigen – Gründe, die sich aus den dieser Staatsform eigentümlichen Zügen ablesen lassen. Der Zukunft gehört die Antwort.

Als auf die Gegenwart gegründete Regimes, als Ausdruck des Wählerwillens, neigen die pluralistischen Regimes zur Vernachlässigung vorausschauender Planungen, zu größtmöglichem Entgegenkommen gegenüber den Ansprüchen der Wähler, auch unter Verkennung der Erfordernisse der Zukunft. Vor allem sind die westlichen Demokratien beiderseits des Atlantiks heute von dem hinterhältigen Übel der Entvölkerung betroffen, vom Sturz der Geburtenziffer unter das zur Sicherung des Nachwuchses notwendige Minimum, das wenigstens eine Wachstumsquote 0 ergäbe.

In der Bundesrepublik spricht man kaum über dieses Problem, vielleicht wegen der Propaganda während der Hitlerzeit. In Frankreich, wo man zuerst in Westeuropa den Niedergang der Geburtenzahl erlebt hatte, gibt es seit mehr als einem Jahrhundert und nach einem Wiederanstieg der Geburtenziffern in der Nachkriegszeit jetzt neuerlich Diskussionen darüber.

Freilich hat die Regierungsform auf solche Erscheinungen viel weniger Einfluß als die allgemeine Kultur, die Entwicklung der Sitten, die Lebensart, die Städte sowie die durch sie geschaffenen Existenzbedingungen. Die Länder Osteuropas können sich diesem übernationalen Phänomen nicht entziehen, das die europäischen Russen genauso gut trifft wie die Engländer, Franzosen oder Deutschen.

Zweitens: aus dem Lager der Extremliberalen kommt die Kritik des Übermaßes an Sozialgesetzgebung. Auf das berühmte Zitat von Alexis de Tocqueville greifen sie zurück. Sie erinnern

sich zweifellos an die oft zitierte Analyse von A. de Tocqueville: »Über den einzelnen erhebt sich ein ungeheurer Vormundschaftsstaat, der allein ihr behagliches Dahinleben sichert, über ihr Geschick wacht. Es ist ein absoluter, peinlich genauer, geregelter, voraussichtiger und milder Staat. Er würde der väterlichen Gewalt ähnlich sein, wenn er, wie jene, das Ziel verfolgte, die Menschen auf ihr Leben als Erwachsene vorzubereiten, aber er sucht, im Gegenteil, nichts anderes, als sie unwiderruflich in ihrer Kindheit festzuhalten; er liebt es, wenn die Staatsbürger sich vergnügen, vorausgesetzt, sie denken an nichts anderes als den Genuß. Er bemüht sich bereitwillig um ihr Glück; will aber dessen einziger Mittler und Vermittler sein; er sorgt für ihre Sicherheit, plant und stillt ihre Bedürfnisse, leitet ihre Gewerbetätigkeit, entscheidet über ihre Hinterlassenschaften, verteilt die Erbschaften: aber kann er ihnen die Not des Denkens und die Mühe des Lebens ganz abnehmen?« Nähern sich die europäischen Demokratien diesem »Idealtyp« an? Ich glaube nicht.

Alle westeuropäischen Länder bemühen sich so gut wie sie können um die Sicherheit der allgemeinen ärztlichen Betreuung, um Unfall- und Altersversicherung. So wird der Abstand zwischen den Kosten der Arbeitskraft für die Arbeitgeber und den von den Angestellten bezogenen Löhnen immer größer. Sind dieser Abstand, diese Verteilung des Nationalproduktes wirkliche Hindernisse für das Funktionieren der Marktwirtschaft? Jedenfalls noch nicht. Diese Lastenausgleiche können vielmehr gerade dem Zusammenbruch der Gesamtnachfrage – der die große Depression der dreißiger Jahre auslöste – zuvor kommen. Aber es kommt eben immer auf das rechte Maß an.

Von allen Ecken kommt der Ausdruck der Angst über die Bildung der jungen Generationen. Diese Gefahr haben die grie-

chischen Philosophen treffend analysiert. Sind die Demokraten fähig, die Menschen zu bilden, die sie brauchen? Ist das jetzige Erziehungs- und Unterrichtssystem den Notwendigkeiten einer freien Gesellschaft angepaßt? Ich erinnere mich an die Schilderung von der Korruption der Demokratie, die wir in der Politeia des Plato lesen. Wenn die Kinder sich wie die Eltern verhalten und die Eltern wie die Kinder, dann ist die Ordnung der Gesellschaft außer Fassung gebracht. Darüber gibt es so viel zu sagen, daß ich es vorziehe, die Frage zu stellen ohne jeden Versuch, sie zu beantworten.

Von denjenigen, die fürchten oder glauben, daß die Machtpolitik von der Welt nicht verschwunden ist, kommt die entscheidende Frage nach der Verteidigungsfähigkeit der Demokratien.

Die pluralistischen Demokratien sind in Europa mit den totalitären Regimes konfrontiert. Die Feindseligkeit der Dritten Welt geht vielleicht auf das Konto unserer Fehler von gestern oder auch von heute, die Feindseligkeit der totalitären Regimes aber verdanken wir unseren Verdiensten. Das Überleben der freien Welt hängt nicht nur von ihrer Prinzipientreue ab, sondern auch von ihrer Fähigkeit, sich zu verteidigen, den offenen oder versteckten Drohungen die Stirn zu bieten. Zur Zeit verkörpern die pluralistischen Demokratien – verglichen mit den Regimes im anderen Teil Europas – zugleich den wirtschaftlichen Fortschritt und die politische Freiheit. Moralisch haben die Westmächte den Kalten Krieg zwischen den beiden Teilen Europas gewonnen. Aber die historischen Auseinandersetzungen folgen nicht immer dem moralischen Urteilsspruch. Alle unabhängigen Gemeinschaften, mit was immer für einem politischen Regime, die ihr Geschick selbst in die Hand nehmen wollen, können auf die Tugend der einzelnen nicht ver-

zichten. Die Freiheiten, die in unseren Regimes den einzelnen zukommen, setzen, wie immer man es nennen mag, Bürgersinn oder Patriotismus oder staatsbürgerliche Gesinnung voraus. Der Parteienstreit tendiert dazu, die Urtugenden der Demokratie abzunützen; schließlich fühlt sich der Gegner dem von der von ihm bekämpften Partei geführten Staat nicht mehr verpflichtet. Das ist der Einsatz, das Risiko der Demokratien.

Daß die freien Gesellschaften derzeit in Europa dem anderen Modell aufgrund der Anziehungskraft ihrer Städte, des Lebensstandards der Bevölkerung, der Leistungen unserer Wissenschaftler überlegen sind, wird wohl ein unvoreingenommener Beobachter schwerlich leugnen können, aber es ist nicht genug, unsere Demokratie vorzuziehen, weil sie sich wirtschaftlich als das bessere System erweist – die östlichen despotischen Regimes könnten ja schließlich die Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaft steigern, ohne viel von ihren Vorurteilen aufzugeben. Nein, man muß die pluralistischen Demokratien um ihrer selbst willen vorziehen; wer die Freiheit nicht um ihrer selbst willen liebt, liebt nicht die Freiheit. Wenn man in unserer Zeit – nicht unbedingt für alle Zeiten und alle Breiten –, wenn man in unserer Zeit der Demokratie den Vorzug gibt, dann heißt das, daß man dasjenige Regime wählt, das – im Hinblick auf die Bildung einer von der Nation als legitim anerkannten Regierung – zwischen allen Interessengruppen, zwischen allen Parteien, zwischen allen Staatsbürgern einen ständigen Dialog unterhält.

Die auf die Geschichte gegründete Autorität gibt es nicht mehr: die Einheitsparteien maßen sich an, im Namen der Zukunft zu sprechen, die ihnen unbekannt ist, aber die sie gestalten wollen. Unsere Demokratien appellieren an den Staats-

bürger, sie setzen auf die Fähigkeit der Leute, sich nach gewissen Gesetzen selbst zu regieren.

Die freien Gesellschaften beruhen auf einem Vertrauensakt. Darf ich zum Schluß nochmals denselben Autor zitieren, der übrigens dem Adel entstammte und mit der Demokratie mehr vernunft- als herzensmäßig verbunden war: »Die Despoten selbst leugnen keineswegs, daß die Freiheit eine ausgezeichnete Sache ist; nur wollen sie diese nur für sich selbst und geben vor, daß alle anderen ihrer ganz unwürdig seien. So unterschieden sich eben die Leute nicht sosehr durch die Auffassung, die sie von der Freiheit haben, sondern durch die mehr oder minder hohe Achtung, die sie für die Menschen empfinden, und in dieser Perspektive kann man vielleicht dezidiert behaupten, daß der Gefallen, den man an der absoluten Regierungsform findet, in einem geraden Verhältnis steht zur Geringschätzung, mit der man sein Land betrachtet.« Erlauben Sie mir, daß ich mich vorerst noch nicht zu einer solchen Haltung bekehre.

AUSHÄNDIGUNG DER ORDENSZEICHEN
AN NEUE MITGLIEDER

Übergabe der Ordenszeichen durch den Ordenskanzler an

GERD MEYER-SCHWICKERATH
und VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF

in Hamburg am 29. Mai 1979

Bei der Öffentlichen Sitzung im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg überreichte der Ordenskanzler GERD MEYER-SCHWICKERATH und VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten Walter Scheel, des Herrn Bundesministers des Innern Gerhart Rudolf Baum, des Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Hans-Ulrich Klose, die Ordenszeichen.

Herr EIGEN sprach folgende Laudatio auf Herrn MEYER-SCHWICKERATH:

Lieber Herr Meyer-Schwickerath,

ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Kreise der Mitglieder des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste willkommen zu heißen. Es ist guter Brauch, daß dieser Will-

kommensgruß von einem dem Neugewählten nahestehenden Fachkollegen überbracht wird und eine Laudatio einschließt. Zwar sind Sie den Mitgliedern dieses Ordens kein Unbekannter, denn diese haben Sie ja gewählt. Doch wollen wir mit einer Würdigung Ihres Werkes hier in aller Öffentlichkeit kundtun, warum wir auf unsere Wahl stolz sind.

Zunächst muß ich allerdings einräumen, daß meine einzige Lizenz in Ihrem Fach eine Honorarprofessur in der Göttinger Medizinischen Fakultät ist. Andererseits darf ich Sie aber auch als Physiker ansprechen, denn ein großer Teil Ihres Werkes ist medizinische Physik. Daß Sie darüber hinaus noch Musiker sind und die Berge des Wallis lieben, sehe ich als Indiz enger Wahlverwandschaft an.

Ihr Name steht für eine Methode der Augenheilkunde, eine Erfindung, die selbst die wissenschaftlicher Erkenntnis heute so skeptisch gegenüberstehende öffentliche Meinung nicht anders als »segensreich für die Menschheit« bezeichnen kann. Die für Ihre Entdeckung entscheidende Idee – eine Erleuchtung im doppelten Sinne des Wortes – kam Ihnen in dieser Stadt. Sie waren 1945 – gerade 25 Jahre alt – nach Abschluß Ihres Medizinstudiums hierher nach Hamburg gekommen, um sich als Assistent bei Professor Marchesani der Augenheilkunde zu widmen. So bedrückend die äußeren Verhältnisse der ersten Nachkriegsjahre waren, so befreiend war das innere Erlebnis. Uns Jungen, die wir kaum etwas anderes als Krieg und Bedrückung erlebt hatten, erschloß sich eine neue Welt. Nie werde ich meine ersten Semester in Göttingen in den Jahren 1945, 1946, 1947 vergessen. Wir nahmen den physischen Hunger nicht wahr, denn wir konnten unseren Wissensdurst stillen. Diese Jahre waren Jahre der Besinnung. Sie waren es, die Ihren Lebensweg in die entscheidende Richtung lenkten.

Den Anstoß gab eine Beobachtung, die an sich nicht neu war. Der Ausgangspunkt großer Ideen ist oft eine ganz alltägliche Beobachtung, die – mit einem anderen meist ebenfalls geläufigen Phänomen in Zusammenhang gebracht – eine neue Dimension eröffnet. Dazu kommt dann die phantasievolle Vorausschau und schließlich der Erfolg, *fortune* nannte es Napoleon einmal und meinte das Genie. In der Wissenschaft hat *fortune* nur selten etwas mit Glück im Sinne von Zufall zu tun. Es ist eine Eigenschaft, die man hat oder nicht hat. Sie schließt Zähigkeit, Optimismus und schonungslosen Fleiß ein. Auch ein Genie wie Mozart mußte Nächte hindurch arbeiten.

Doch nun zu Ihrem Werk: Es war Ihnen aufgefallen, daß das ungeschützte Auge, wenn es auf die Sonne fixiert ist, sehr leicht Verbrennungen in der Netzhaut erleidet. Zu solchen Unfällen kam es immer wieder, vor allem bei der Beobachtung einer Sonnenfinsternis. Andererseits war Ihnen die Anwendung diathermischer Methoden zur Koagulierung von Gewebe in der Augenheilkunde bekannt. *Ihre* epochemachende Idee war die Kombination dieser beiden Phänomene: Wenn eine Verbrennung der Netzhaut schon bei nahezu geschlossener Pupille auftritt, so müßte sie sich bei künstlich erweiterter Pupille nicht nur leichter, sondern auch gezielt in einem scharf umrissenen Bezirk künstlich erzeugen lassen. Es dauerte nicht länger als vier Jahre, bis Sie mit dieser Methode schon die ersten Operationen in der Klinik ausführen konnten. Vier Jahre voller Entsagung, Anstrengung und Enttäuschung, doch – dessen bin ich sicher – die glücklichsten Jahre Ihres Schaffens. Keine der Ihnen in späteren Jahren reichlich zuteil gewordenen Auszeichnungen kann eine so tiefe Befriedigung ausgelöst haben wie der Erfolg, der sich Schritt um Schritt einstellte.

Sie hatten Ihre Experimente mit Hilfe des Sonnenlichts begonnen, jedoch schon bald die in unseren Breiten der Laune des Wetters ausgesetzte natürliche Lichtquelle durch leichter manipulierbare, verlässlichere und intensivere künstliche Lichtquellen ersetzt. Niemals geben Sie sich mit dem Erreichten zufrieden. Heute benutzen Sie anstelle des Lichts der Xenon-Hochdrucklampe den schärfer fokussierbaren Laserstrahl.

Anwendungen gab und gibt es in Hülle und Fülle:

Die Reparatur oder Verhütung der Netzhautablösung,
die Zerstörung blutender und wuchernder Blutgefäße im Augeninneren,

die Beseitigung kleiner Tumoren, z. B. der so gefürchteten Melanome,

die Behandlung von Retinaschäden als Folge der Diabetes und ihrer Behandlung, die oft schon in jungen Jahren zur vollständigen Erblindung führt.

Große Chirurgen sind fast immer auch Erfinder und Konstrukteure. Ich nenne als Beispiel den jungen Sauerbruch, der mit der Konstruktion der Unterdruckkammer die operative Eröffnung des Brustkorbes möglich gemacht hatte und erst mit dieser Ingenieurleistung seine großartige ärztliche Karriere beginnen konnte.

Wenn wir Ihren Weg zurückverfolgen, so stoßen wir immer wieder auf technische Erfindungen, Konstruktionen, Patente. Sie umfassen diffiziles Operationswerkzeug, Ophthalmoskope wie auch Geräte zur photographischen Abbildung des Innenauges.

Ehrungen sind Ihnen – fast möchte ich sagen – nicht »erspart« geblieben, unter ihnen finden sich die höchsten Auszeichnungen Ihrer Fachdisziplin. Sie alle hier zu nennen verbietet mir *Ihre* Bescheidenheit. Heute leiten Sie – und zwar

nach einem Zwischenaufenthalt an der Universität Bonn – seit dem Jahre 1959 die Universitäts-Augenklinik in Essen. In dieser ultramodernen Klinik erst konnte sich Ihr Organisations-talent frei entfalten. Sie sind sich Ihrer geistigen Wurzeln stolz bewußt, beim Gang durch Ihre Klinik trifft man auf die Bilder von Helmholtz, Graefe und Gonin, nach denen Sie auch Abteilungen benannt haben. Die rund 250 Titel Ihres Publikationsverzeichnisses – ich habe nachgezählt: auch in den letzten Jahren wares es noch ca. zehn Titel pro Jahr – geben Zeugnis titanischer Schaffenskraft.

Lieber Herr Meyer-Schwickerath! Wir sind stolz, Sie unter uns zu wissen. Ihre Wahl bedeutet Anerkennung der elitären Leistung – ein Wort, das heute in der Öffentlichkeit nur einen geringen Stellenwert besitzt. Doch die Menschheit ist zur Lösung ihrer Probleme auf elitäre Leistungen angewiesen. Die Wahl in den Orden verschafft Ihnen keinerlei Vorrechte innerhalb unserer Gesellschaft. Es gibt nur den Anspruch der Gesellschaft an uns, dem jeder durch seine Arbeit gerecht werden muß.

Nehmen Sie in diesem Sinne die Insignien unseres Ordens durch den Herrn Ordenskanzler entgegen.

Herr MEYER-SCHWICKERATH erwiderte folgendes:

Sehr verehrter Herr Kanzler,
Sehr verehrte Mitglieder des Ordens,

Erlauben Sie mir ein persönliches Wort des Dankes. Meine Wahl in Ihren Orden – in die »internationale Familie«, wie es unser Kanzler einmal genannt hat, – ist für mich die höchste

nicht fachspezifische Auszeichnung, und darum habe ich sie mit besonderem Dank angenommen.

Mein Dank gilt auch Herrn Eigen, der in sehr wohlwollenden Worten die Gründe für meine Wahl dargelegt hat.

Mein Dank gilt meinen Lehrern, besonders Oswald Marchesani in Hamburg und Hans-Karl Müller in Bonn, mein Dank gilt aber auch meinem Elternhaus und meiner eigenen Familie, besonders meiner Frau. Ohne sie alle wäre aus mir sicher nichts geworden!

Ich bin der erste Augenarzt in Ihrem Kapitel, und die Zahl der Ärzte in der über 150jährigen Geschichte ist klein. Und dennoch: ich fühle mich heimisch bei Ihnen und will das schnell begründen:

Zu der Gründergeneration unseres Ordens gehört Johannes Müller aus Koblenz, Professor der Physiologie und Anatomie in Bonn und später in Berlin. Er war der Begründer der experimentellen Physiologie und Schöpfer des Gesetzes von den »spezifischen Sinnesenergien«, etwas, was den Augenarzt besonders interessiert. Er ist ein Ur-Ur-Urgroßonkel von mir, und – obwohl nicht blutsverwandt – so hat doch meine Familie sein Erbe und seine historische Bedeutung in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts mit herübergetragen.

Sein Schüler Hermann von Helmholtz, der ab 1886 Vizekanzler unseres Ordens war, erfand 1849 den Augenspiegel – das Ophthalmoskop. Er war vor 150 Jahren der erste, der das Augeninnere eines lebenden Menschen erblickte. Seine Erfindung ist eine gradlinige Voraussetzung der von mir entwickelten Photocoagulation, die man – vereinfacht dargestellt – als bloße quantitative Steigerung seiner Erfindung ansehen kann.

Doch damit erschöpft sich meine Beziehung zum Orden *Pour le mérite* nicht. In den bewußt miterlebten Jahren der Tyran-

nei und der »entarteten Kunst« waren Reinhold Schneider und Paul Hindemith für mich Leitbilder in eine neue Zukunft. Welches Erlebnis für mich, als sie vor Jahren Ritter des Ordens wurden!

Einen der Großen unseres Ordens – Werner Heisenberg – habe ich noch erlebt, und zwar in meiner langjährigen Tätigkeit im Auswahlausschuß der Alexander von Humboldt-Stiftung, deren Präsident Heisenberg bis zu seinem Tode war. Und damit schließt sich für mich ein Kreis. Alexander von Humboldt, der eine so bedeutende Rolle bei der Gründung unseres Ordens spielte, habe ich schon als Gymnasiast verehrt, und später habe ich seine Marsch-, Boots- und Reitwege durch Venezuela und Ecuador verfolgt – auf eigenen Füßen bis auf den Chimborazo!

Noch ein anderer Kreis schließt sich. Vor etwas über 30 Jahren habe ich hier im Universitätskrankenhaus Eppendorf die Photocoagulation entwickelt, eine Behandlungsmethode, mit der heute täglich hunderte von Augenkranken behandelt werden. In dieser Stadt wurde der Gedanke geboren und zur Reife gebracht in einer harten und hungrigen Nachkriegszeit.

In dieser Stadt empfangen Sie dankbar heute das Ordenszeichen unserer großen internationalen Familie!

Herr GENTNER hielt folgende Laudatio auf Herrn WEISSKOPF:

Lieber Vicki Weisskopf,

ich glaube, ich darf Sie in diesem, für Sie neuen Kreis so ansprechen wie die vielen Freunde, die Sie auf dem gesamten Erdball in so reichlichem Maße besitzen. Zwar gab und gibt es

überall Physiker, die Freunde in den verschiedensten Erdteilen haben, doch würde keiner zu bezweifeln wagen, daß Sie für die Gemeinde der Physiker den »Weltbürger par excellence« darstellen.

Sei es im Fernen Osten oder Westen – überall rechnet man es sich zu höchster Ehre an, Sie für das Schlußwort einer Konferenz zu gewinnen.

Bei dem Versuch, eine ähnliche Persönlichkeit aus unserem Lebenskreis zu finden, muß ich an Niels Bohr denken, der, ebenso wie Sie, für viele von uns ein ständiges Vorbild als Mensch und Wissenschaftler war.

Er schuf als Weltbürger in Kopenhagen einen Zufluchtsort für alle verfolgten Wissenschaftler aus Ost und West. Ebenso war es immer *Ihr* Anliegen, die Wissenschaftler aus aller Herren Länder zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen.

Aus Ihrer Geburtsstadt Wien haben Sie das Verständnis für das Zusammenleben verschiedenster Kulturen mitgebracht und das Wissen darum, wie man durch Güte und Humor manche unüberbrückbare Kluft überwinden kann.

Ihre wissenschaftlichen Lehrjahre, als junger theoretischer Physiker, haben Sie in Göttingen, Berlin, Zürich und Kopenhagen verbracht.

Dann hat Sie der aufkommende Ungeist in Deutschland nach Amerika, in die Neue Welt, getrieben.

Sie kehrten erst nach Europa zurück, als es 1960 für Sie in Genf, im Europäischen Kernforschungsinstitut, als Generaldirektor, die dankbare Aufgabe gab, für die Geburt eines welt-offenen, europäischen Geistes unter den Physikern Sorge zu tragen und ihre wissenschaftliche Qualität auf den Weltstandard zu heben. Von Genf aus zeigten Sie der europäischen Jugend, wie man theoretische Physik der Elementarteilchen

treibt und wo die experimentellen Aufgaben der zukünftigen Forschung zu suchen sind.

Diese Arbeit in Genf wurde für Sie ein großer Erfolg und eine Freude, wie man in Ihrer kurzen Selbstbiographie als Einleitung zu Ihrem Buch »Physics in the Twentieth Century« nachlesen kann.

In dieses Buch haben Sie mir, bei einem unserer vielen Gespräche bei CERN in Genf die Widmung hineingeschrieben: »Für Wolfgang Gentner, mit dem ich über soviel einig bin« . . .

Ihr Freund, Hans Bethe, hat im Vorwort zu diesem interessanten Buch ein Zitat von Ihnen angeführt, das Sie in einem öffentlichen Vortrag in Genf gebracht hatten. Es lautet: »Human existence is based upon two pillars: compassion and knowledge. Compassion without knowledge is ineffective; knowledge without compassion is inhuman.«

Ich bin stolz und glücklich, daß ich die Ehre habe, Sie in unser Ordenskapitel einzuführen, zu dem auch unser aller, so verehrter Altmeister Niels Bohr gehörte.

Ich heiße Sie in unserem Kreis herzlich willkommen!

Herr WEISSKOPF erwiderte folgendes:

Die Verleihung dieses Ordens ist für mich ein Ereignis von besonderer Bedeutung. Ich bin im deutschen Kulturkreis aufgewachsen, zutiefst verbunden mit dem, was man im besten Sinne deutsche Kultur nennt: Goethe, Heine, Thomas Mann, Bach, Mozart, Beethoven, Wagner und Mahler. Als ich dann mit 25 Jahren die Schrecklichkeit der Nazizeit miterleben mußte und ich gezwungen wurde, ein internationaler Bürger zu werden, hatte ich die deutsche Kultur sozusagen in der Ho-

sentasche mitgenommen. So kam ich nach Dänemark, wo ich meine Frau traf, nach der Schweiz und dann nach Amerika, wo wir über 40 Jahre lebten. Niemals fühlten wir uns als Emigranten, sondern immer als Bürger der Welt, als »atlantic citizens«, was wir immer als einen positiven Wert empfunden haben.

Deswegen war es für mich eine besondere Ehrenpflicht, im Jahre 1961 auf fünf Jahre die Leitung von CERN zu übernehmen, diese einzigartige Verwirklichung europäischen Zusammenwirkens. Gewissermaßen war das eine Abzahlung einer kulturellen Schuld an die europäische Kultur.

Viel Bedrohliches und Schreckliches geschah während meiner Lebenszeit, hier und dort und auf der ganzen Welt. Es war immer der Gedanke an die Wissenschaft und Kunst, an das Schöne, Wahre und Tiefe, das uns über alles hinweghalf und dennoch den Glauben an die Menschheit nicht verlieren ließ.

Daß ich nun an der Neige meines Daseins in Ihren Orden aufgenommen werde, ist für mich eine schicksalshafte Rundung meines Lebens. Der Orden verkörpert das Beste der deutschen, der europäischen Kultur, ja der Kultur der ganzen Welt. Ich freue mich, einer der Ihrigen zu sein, und werde versuchen, dieser großen Ehre würdig zu bleiben und die großen Probleme, die die heutige Zeit den Wissenschaftlern und Künstlern vorlegt, mit meinen Kollegen zu studieren und vielleicht auch ein wenig zu ihrer Lösung beizutragen.

ANHANG

ANSPRACHE
VON BÜRGERMEISTER HANS-ULRICH KLOSE
BEI DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG IM RATHAUS
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
AM 29. MAI 1979

Herr Bundespräsident,
Herr Ordenskanzler,
Herr Bundesinnenminister,
meine Damen und Herren!

Ich heiÙe Sie herzlich willkommen in unserer Stadt, in unserem Rathaus. Ich danke Ihnen, daÙ Sie unsere Einladung angenommen und sich entschlossen haben, die Jahrestagung 1979 des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste hier in Hamburg abzuhalten. Wir sind darüber sehr glücklich. Dem würde eine heitere BegrÙungsrede entsprechen. Ich habe mich dennoch für eine ernste, der Problemlage angemessene entschieden.

Ich beginne mit einem Zitat aus dem im Jahre 1951 erschienenen Buch »Die geistige Situation der Zeit« von Karl Jaspers, einem früheren Mitglied Ihres Ordens. Karl Jaspers schreibt: »Die Perspektive einer Verwandlung des Planeten in eine einzige Fabrik zur Ausnutzung seiner Stoffe und Energien wird sichtbar . . . Wir leben in einer geistig unvergleichlich groÙartigen, weil an Möglichkeiten und Gefahren reichen

Situation, doch müßte sie, würde ihr niemand genügtun können, zur armseligsten Zeit des versagenden Menschen werden.« Und weiter: »Drohte ihm [dem Menschen] im Anfang seines geschichtlichen Weges, von den Naturmächten physisch vernichtet zu werden, so bedroht jetzt die eigene von ihm hervorgebrachte Welt sein Wesen.«

Diese Worte beschreiben einen Zustand der Bedrohung: Die Gefahr, daß durch Technik der Mensch physisch vernichtet oder durch die Organisation von Technik in seinem Wesen, seiner Würde, seiner Freiheit zerstört werden könnte.

»Es wäre möglich, daß der Mensch an den Mitteln zugrunde geht, die er sich zu seinem Dasein schafft.« Fast wie ein Kommentar zu dieser Warnung von Karl Jaspers klingt ein Satz des Soziologen und Philosophen Hans Freyer in seiner 25 Jahre nach Jaspers' Werk erschienenen »Theorie des gegenwärtigen Zeitalters«. Er lautet: »Es scheint, daß das Schreckbild einer Zivilisation, die den Menschen vollständig durchgeformt hätte, viele nicht minder bedrohlich anmutet als die Zerstörungen, deren die vervollkommnete Technik fähig geworden ist.«

Wenn das so ist, dann kann niemand heute noch guten Gewissens die gefährliche, ja lebensgefährliche Ambivalenz unserer wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten leugnen. Wir befinden uns in bezug auf den technischen Fortschritt – auch ein fragwürdig gewordener Begriff: Fortschritt wohin? – nicht mehr im Stande der Unschuld. Und das Verteufelte an dieser Situation ist, daß, obwohl all unsere wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften vom Menschen erdacht und realisiert worden sind, keiner sie so gewollt hat. Keiner hat sie in ihrer Gesamtheit und wechselseitigen Verzahnung so wollen und vorhersehen können, weil niemand ein Gesamtbild mehr hat, weil es keinen Grundentwurf gibt, der alle wissenschaft-

lich-technischen Daten im Zusammenhang und in ihren Interdependenzen umfaßt.

Vieles, was wissenschaftlich-technisch möglich ist, können, dürfen wir nicht wollen: Lebensvernichtung unvorstellbaren Ausmaßes zum Beispiel ist möglich oder die medizinisch-biologische Manipulation des Menschen. Hier stoßen wir an eine – freilich verletzbar – ethische Grenze. In anderen Bereichen stoßen wir an – leider viel härtere – ökonomische Barrieren. Auf dem Gebiet der Medizin zum Beispiel ist mehr möglich, als noch finanzierbar ist.

Macht und Ohnmacht des Menschen haben vielleicht noch nie so nahe beieinander gewohnt wie heute. Die Folgen sind Unsicherheit und Angst. Und diese Angst der Menschen vor technischen Katastrophen und schleichenden, aber deshalb nicht minder bedrohlichen Umweltgefahren haben wir sehr ernstzunehmen. Wir haben diese Angst selbst dann noch ernstzunehmen, wenn sie irrational ist. Wo unbegründete Furcht entsteht, liegt häufig ein Mangel an Information vor. Ein solches Informationsdefizit ist auf dem Schuldkonto von Politik und Wissenschaft zu verbuchen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, an dieser Stelle pro domo oder richtiger ex domo zu sprechen: Wir Politiker befinden uns in der schwierigen Situation, Entscheidungen treffen zu müssen – zum Beispiel für oder gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken –, ohne die Tragweite und die Folgen dieser Entscheidungen aus eigener Sachkompetenz beurteilen zu können. Wir sind auf den fachlichen Rat der Wissenschaft angewiesen – wohlgerne den *fachlichen Rat*; denn die *politische Entscheidung* kann und darf die Wissenschaft uns nicht abnehmen. Die Problematik, die damit verbunden ist, die sich daraus ergibt, läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

Erstens: Die richtige wissenschaftliche Beratung führt nicht zwangsläufig zur richtigen politischen Entscheidung. Bei der Umsetzung aus dem einen Bereich in den anderen sind Mißverständnisse und Reibungsverluste nicht auszuschließen.

Zweitens: In der Wissenschaft gibt es oft, wie in der Politik, kontroverse Standpunkte. Wem soll der Politiker vertrauen: dem Gutachter oder dem Gegengutachter? Daß dies keine theoretische Frage ist, hat das Gorleben-Hearing in Hannover gezeigt.

Was ich damit ausdrücken will, ist alles andere als Wissenschaftsschelte. Es gehört zum Wesen freier, unabhängiger Wissenschaft, daß sie sich aus Position und Gegenposition entwickelt. Das gilt in erhöhtem Maße für den prognostischen Bereich. Das verschärft aber auch das Dilemma des Politikers, der Zukunftsentscheidungen treffen muß.

Was ist zu tun? Diese Frage stellen, heißt, an die Möglichkeit einer Antwort glauben. Vielleicht ist es keine exakte, womöglich ist es gar keine Antwort. Es ist weniger und mehr zugleich: ein in Vertrauen und Hoffnung gründender Widerspruch gegen Fatalismus und Resignation. Wenngleich ich angesichts der gegenwärtig sich anbietenden Realität der Vorstellung von Gottfried Wilhelm Leibniz nicht zu folgen vermag, daß diese Welt die beste unter allen möglichen sei, so glaube ich doch daran, daß wir sie verbessern können. Sonst wäre ich nicht Politiker.

Noch einmal, was ist zu tun? Vor allem dies: Wir müssen den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik intensivieren. Wir brauchen mehr Information des Bürgers durch die Wissenschaft. Denn in der Demokratie haben nicht nur die Politiker zu entscheiden, sondern auch die Bürger – zum Beispiel in

ehrenamtlichen Gremien, in öffentlichen Beratungen und nicht zuletzt bei Wahlen. Der Bürger kann aber nur wählen und entscheiden, wenn er informiert ist.

Ich meine, die Wissenschaft sollte sich dem Bürger gegenüber mehr öffnen. Der Bundeskanzler hat in der aktuellen Diskussion zur Kernenergie vor wenigen Wochen von einer Bringschuld der Wissenschaft gesprochen. Und das ist richtig; denn Angst ist häufig ein Ergebnis von Unwissenheit.

Ferner könnte ich mir denken, daß die Wissenschaft durch noch mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit in die Lage versetzt würde, wenn nicht das Ganze, so doch Teilkomplexe besser zu überschauen. Als wichtige Bereiche nenne ich die Friedensforschung und die Zukunftsforschung.

Schließlich werden wir alle lernen müssen, daß es ein unbegrenztes Wachstum nicht geben wird – nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, aber auch gegenüber den Völkern der Dritten Welt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir etwas über die Grundbefindlichkeit des Menschen in unserer Zeit erfahren wollen, ist es gut und nützlich, auf die Kunst zu schauen und zu hören. Sie verdichtet – wie in einem Spiegel – viele Phänomene, die wir im täglichen Leben nur sporadisch und isoliert wahrnehmen. Die Kunst antizipiert Entwicklungen, die viele Menschen noch nicht einmal ahnen. Ich sehe eine wesentliche Aufgabe künstlerischen Schaffens in unserer Zeit darin, zu mahnen, zu warnen, unser Gewissen wachzurütteln, uns aufhorchen zu lassen. Angst ist – zum Beispiel im Theater, in der Malerei – auch zu Zeiten dargestellt worden, als viele sich noch in einer heilen Welt wähnten. Kunst muß Position, oft eine Antiposi-

tion beziehen. Sie ist Geist, der wider den Stachel löckt. Wir können von der Kunst keine Therapie der Krankheiten unserer Zeit erwarten, wohl aber die jeder Therapie notwendig vorausgehende Diagnose.

Im Orden *Pour le mérite* sind Künstler und Wissenschaftler vereint. Was Ihre Gemeinschaft tut, hat der Historiker Percy Ernst Schramm 1967 zum 125. Jahrestag der Gründung des Ordens in einem Vortrag in Berlin gesagt: Sie kommen zusammen, »um in zwangloser Form Probleme zu diskutieren, die uns allen, den Geistes- und den Naturwissenschaftlern sowie den Künstlern, zu schaffen machen«.

»Zu schaffen machen«: Das meint mehr als akademisches Geplauder. Das heißt übergreifender Dialog, ernsthafte Auseinandersetzung mit Problemen unserer Zeit. Zwar findet dieser Dialog in der Klausur statt; aber ich glaube, daß das kein Fehler ist. Es muß ein paar Leute geben, die hin und wieder den Kopf frei haben, um nachzudenken – für uns alle nachzudenken – ohne Sachzwänge, ohne publizistischen Erfolgszwang.

Der Senat und die Bürger dieser Stadt rechnen es sich als Ehre an, Sie hier bei uns zu Gast zu haben. Sie sind uns sehr willkommen.

VORTRAG
VON GOLO MANN
IM FRIEDENSSAAL DES RATHAUSES
DER STADT MÜNSTER
AUS ANLASS DER INTERNEN ORDENSTAGUNG
AM 1. OKTOBER 1979

GOLO MANN

ÜBER DIE WESTFÄLISCHEN FRIEDENSVERTRÄGE*

Die Ehre, in diesem Saal sprechen zu dürfen, ich weiß, es ist hoch und ausgenommen, und ich wünschte nur, meine Leistung könnte ihr einigermaßen entsprechen – das kann sie aber nicht. Angekündigt ist ein Kurzvortrag, also eine Art von Plauderei, von Causerie, zu einem ungeheuer komplexen historischen Gegenstand, über den wir schier unerschöpfliche schriftliche Quellen besitzen.

Diese Quellen zu beherrschen, sie zu durchdringen, wäre oder ist die Aufgabe vieler Jahre – ich habe sie keineswegs erfüllt. Ich bin kein Spezialist in dieser letzten Epoche des Dreißigjährigen Krieges, ich habe etwas von ferne Vergleichbares für eine frühere Epoche versucht. Der unerschöpfliche Reichtum der Quellen hat mehrere Ursachen. Eine: dies Zeitalter glaubte an Papier. Es wurde unendlich viel geschrieben und korrespondiert und protokolliert im Prinzip. Man hat auch in Münster und Osnabrück kaum persönlich verhandelt, sondern durch den Postboten, oder richtiger, den reitenden Boten oder Sekretär, der ein Dokument der anderen Delegation überbrachte,

wo es dann studiert wurde, und nach einigen oder vielen Wochen kam die Replik und dann die Duplik und dann die Quadruplik und so weiter. Das war die Art, in der damals verhandelt wurde. Ferner, es war ein Kongreß, dieser Ausdruck ist nicht gebraucht worden damals, ich gebrauche ihn verkürzend, ein Kongreß von Gesandten, nicht von Potentaten und Chefs von Regierungen, wie etwa später, 170 Jahre später in Wien, 1815, von Gesandten also, die zwar »ministres plénipotentiaires« hießen, aber durchaus nicht Vollmacht hatten, irgendetwas zu entscheiden. Über jede Frage von irgendeiner Bedeutung mußte also in die verschiedenen Kapitalen berichtet und die Entscheidung eingeholt werden. Nun, ein Briefwechsel zwischen Osnabrück und Stockholm dauerte allermindestens zwei Monate, im Winter noch mehr – und noch mehr, wenn man in Stockholm eine Zeitlang brauchte, ehe man überhaupt sich zu einer Antwort entscheiden konnte. Ein Briefwechsel zwischen Münster und Madrid kaum weniger lang; mit Paris, mit Wien ging es ein bißchen schneller. Immerhin – diese Tatsachen helfen sowohl, die ungeheure Dauer der Verhandlungen zu erklären, wie auch die Masse von Dokumenten, die übrig blieb. Ein Kongreß von Gesandten. Nur der Chef der österreichischen Delegation, Trauttmannsdorff, kann zum engsten Kreis der Machthaber in Wien gerechnet werden. Der alte Kanzler Oxenstierna in Stockholm hatte seinen Sohn geschickt, der aber ziemlich eine Null gewesen zu sein scheint. Natürlich war er von ausgepichteten Deutschland-Spezialisten umgeben, ebenso wie auch der Franzose Duc de Longueville von Spezialisten umgeben war, wie sie in der Schule Richelieus und des Père Joseph für Deutschland ausgebildet worden waren. Ungeheuer war der Prachtaufwand, das hörten wir ja eben schon aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters;

sehr viele Schulden wurden gemacht, das gehörte nun einmal zum Beruf, und es gab auch eine ganze Menge wechselseitige Bestechungen, für die der hübsche Ausdruck »Realdankbarkeit« damals aufgekommen ist. Es mußte also ein schwedischer oder französischer Subdelegierter nur bemerken, wie ungeheuer kostspielig der Aufenthalt hier sei und wieviel er im Krieg überhaupt verloren hätte, dann brachte Trauttmansdorff 20 000 Gulden in Vorschlag.

Das wurde angenommen, ein Gentlemen's Agreement do ut des, natürlich. Insgesamt waren es nicht weniger als 148 Gesandte, samt bei den größeren Gesandten dem ungeheuren Schwall ihres Anhangs – 148, davon 111 Deutsche und 37 Nichtdeutsche. Auch die Deutschen waren überwiegend vornehm an der Spitze und wurden mindestens von einem gelehrten Doktor begleitet. Ein französischer Teilnehmer bemerkte: »Alle Deutschen sind Herr Doktor«, so alt ist das.

Es war eigentlich eine etwas monströse Verbindung von deutschem Reichstag, ohne den Namen eines solchen, aber alle größeren deutschen Stände waren eben doch teils in Münster und teils in Osnabrück versammelt, eines deutschen Reichstags und einer großen europäischen Friedenskonferenz. Als solche war es die erste, sie hat ja dann viele bedeutende Nachfolger gehabt: Utrecht 1713, Paris 1763, Wien 1815 und zuletzt noch, aber das war schon stark entartet, Paris 1919. Es waren nahezu alle europäischen Staaten von irgendeiner Bedeutung vertreten mit Ausnahme von England, das nun völlig ausfiel infolge seines eigenen inneren Bürgerkrieges, der Türkei, die während der ganzen 30 Jahre neutral geblieben war, ein bedeutender Erfolg der österreichischen Politik, und Moskaus, Moskowiens; Rußland wurde es damals noch kaum genannt. Die Russen hatten wohl stark mit den Schweden sympathisiert, weil

die Schweden die Feinde der Polen waren und weil die Polen die Erzfeinde der Russen waren, aber irgendwie eingegriffen in den Krieg hat Moskau nicht und war auch hier nicht vertreten. Es gab zwei neutrale Vermittler: der Legat des Papstes, Chigi, und der Venezianer Contarini. Dem Legaten war aber streng verboten, einen Protestanten von Angesicht zu Angesicht zu sehen, er konnte also nicht gar zu nützlich sein. Der Venezianer hat ein paarmal wesentliche Hilfestellungen geboten. Die Schwierigkeiten, die Komplikationen des ganzen Unternehmens waren ungeheuer, eine neue europäische Ordnung, eine Art von neuem Völkerrecht nach dreißig Jahren Krieg zu gebären. Es war ein dreißigjähriger Krieg, man hat das immer gewußt. Die vor zwanzig Jahren vorgebrachte These eines englischen Historikers, daß der ganze »Dreißigjährige Krieg« eine Propagandaerfindung von Brandenburg/Preußen gegen Österreich gewesen war, istbarer Unsinn. Man hat von Anfang an von den »commotus Bohemiae«, vom Fenstersturz, von der Rebellion der Böhmen gegen das Haus Habsburg gezählt, von 1618 bis 1648, das wäre leicht nachzuweisen. Aber natürlich war es eine ganze Reihe von Kriegen, die unheilvoll zusammenflossen. Es fing an mit dem Krieg des deutschen, des österreichischen Hauses Habsburg gegen die böhmischen Rebellen und dann gegen gewisse deutsche Stände und dann gegen Dänemark und dann gegen Schweden und dann gegen Frankreich, und dann war es ein Krieg zwischen Spanien und den rebellischen Niederlanden, und der ist eigentlich, so wie wir es heute sehen, der Ursprung des Ganzen gewesen. Wenn er nicht gewesen wäre, und er ging ja ins 16. Jahrhundert zurück, so hätten auch die Böhmen nie gewagt, sich gegen das Haus Habsburg zu erheben. Diese beiden Kriege des Anfangs, der alte zwischen Spanien und den Holländern und der neue,

im Jahre 18 beginnende zwischen den Böhmen und Österreich oder dem Haus Habsburg, haben dann gewissermaßen Deutschland in die Zange genommen und haben sich in der Mitte Deutschlands vereinigt. Und dann wurde es ein Krieg zwischen Frankreich und Spanien und damit auch zwischen Frankreich und dem Kaiser und dem größten Teil Deutschlands.

Von allen diesen Kriegen ist nur ein einziger förmlich und im Sinn von Hugo Grotius erklärt worden im Jahre 35: der Krieg zwischen Frankreich und Spanien. Da erschien ein französischer Herold in Brüssel auf der Grande Place und verkündete: »Von heute ab ist Krieg zwischen meinem Herrn und dem König von Spanien.« Alle anderen Kriege waren es der Sache nach, aber nicht der Form nach. Die evangelischen deutschen Stände konnten für den Römischen Kaiser in Wien ja nichts anderes sein als Rebellen. Sie waren keine Kriegführenden, hier war kein eigentlicher Friedensschluß möglich. Sie hatten nur die Waffen niederzulegen, ihr Unrecht einzubekennen, um Verzeihung zu bitten, und dann konnte man ihnen vielleicht verzeihen und konnte man mit ihnen reden. Gustav Adolf von Schweden kam als ein erbetener oder nichterbetener Helfer und Retter der deutschen Evangelischen ins Reich, selbstverständlich ohne Kriegserklärung, ebenso wie vor ihm der König von Dänemark.

Schon vor der eben erwähnten Kriegserklärung in Brüssel war Frankreich de facto im Krieg gegen Spanien, indirekt auch gegen Deutschland oder richtiger gegen das deutsche Haus Habsburg gewesen; das nannte man damals »Richelieus stummen Krieg«, das Wort »kalter Krieg« war noch nicht erfunden. Erst die schwere schwedische Niederlage bei Nördlingen hat Richelieu gezwungen, aktiv militärisch und direkt einzugreifen, was dann unvermeidlich zur Kriegserklärung gegen

Spanien führte. Die Formlosigkeit des Unwesens erschwerte die Verhandlungen, weil jeder der Kriegführenden die anderen als Kriegführende überhaupt nicht anerkannte. Die gleiche Formlosigkeit provozierte aber auch Verhandlungen, weil das ganze ja auf Mißverständnissen beruhte, weil jeder nichts wollte als sein Recht, das beleidigt worden war, und seine Sicherheit, was doch der andere früher oder später erkennen mußte.

So ist eigentlich während dieser ganzen Kette von Kriegen schier ununterbrochen irgendwie um den Frieden verhandelt worden, vor allem im Winter, weil im Winter die Waffen schwiegen oder beinahe schwiegen. Immer wieder gab es hoffnungsvolle, gutwillige Friedensvermittler auf beiden Seiten. Die vielschichtigen Friedensverhandlungen Wallensteins sind nur eine Episode hier, die völlig zum Ganzen paßt. Aber er überschätzte seine persönlichen Möglichkeiten und scheiterte an dem Widerspruch zwischen einem binnendeutschen Frieden, der möglich war und für den zu verhandeln er Vollmacht hatte, und einem universalen europäischen Frieden, für den er keine Vollmacht hatte. Mit der ihm eigenen Ungeduld und dem ihm eigenen gesunden Menschenverstand glaubte er, der europäische Friede, wie der deutsche, ließe sich in ein paar Tagen schließen. Als man endlich zu Verhandlungen schritt, hat es eben dann, wie wir eben hörten, mehr als vier Jahre gedauert. Während des Krieges sind nur zwei Friedensverträge von irgendwelcher Bedeutung geschlossen worden. Der erste war der Friede von Lübeck, geschlossen zwischen Wallenstein im Namen des Kaisers mit dem König von Dänemark, ein muster-gültiger, vernünftiger Status-quo-ante-Friede, keinerlei »Wiedergutmachungen« von der einen Seite für die andere, keinerlei territoriale Veränderungen, und alles, was der eine dem

anderen getan hatte, sollte vergeben und vergessen sein. Nur mußte König Christian versprechen, sich in die deutschen Angelegenheiten nicht mehr einzumischen, was er – nebenbei bemerkt – nicht als König von Dänemark getan hatte, sondern als Herzog von Holstein und Kreisoberste des Niedersächsischen Kreises. Der Friede hielt, Dänemark ist dann bis zum Schluß neutral gewesen und hat immer wieder versucht zu vermitteln. Der andere, an sich recht interessante Friede war der Friede von Prag im Jahre 1635, geschlossen zwischen dem römischen Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen als Führungsmacht der evangelischen Stände. Ein völkerrechtlicher Friedensvertrag konnte das nicht sein, denn nie hatte ein Kurfürst des Römischen Reiches im Krieg gegen den Römischen Kaiser sein können, es war irgendetwas wie ein Reichsnotgesetz, es war etwas, was in den Reichskonstitutionen überhaupt nicht vorgesehen sein konnte. Auch dieser Vertrag war in hohem Grade vernünftig; vor allem wurde das unselige Restitutionsedikt nicht abgeschafft, aber für 40 Jahre außer Kraft gesetzt, was hieß, daß es dennoch abgeschafft wurde. Es ist dieses das Edikt des Jahres 29 gewesen, wonach alle Enteignungen, alle Säkularisierungen, die seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 stattgefunden hatten, rückgängig zu machen waren, die protestantischen Staaten den gesamten Reichtum der Kirche, der mittlerweile die Basis ihrer Verwaltung geworden war, wieder herauszugeben hatten. Ohne dieses unselige Edikt, dessen leidenschaftlicher Gegner Wallenstein wohlweislich gewesen war, hätte der König von Schweden überhaupt nie wagen können, seinen Feldzug nach Deutschland zu unternehmen. Erst dies Edikt hat die Evangelischen wirklich in die Arme der Schweden getrieben. Nachdem es sein Unheil brav angerichtet hatte, wurde es in Prag sechs Jahre

später sang- und klanglos wieder aufgehoben. So ist der Lauf der Welt.

Eine andere Frage, die sowohl in Münster wie auch damals schon in Prag eine Rolle spielte, war die Frage des »Normaljahres«. Der Besitzstand welchen Jahres sollte der endgültige sein? Man hat sich da in Prag auf das Jahr 27 geeinigt, in Münster ging man auf das Jahr 24 zurück. Je weiter man in der Zeit zurückging mit dem Normaljahr, desto gefährlicher geriet man in die Nähe des Jahres 1621, in welchem der große Umsturz in Böhmen geschehen war, also nach der Schlacht am Weißen Berg: die Enteignung unzähliger Böhmen und der Beginn der katholischen Gegenreformation in ihrem Land. Niemals hätten die Habsburger hier Veränderungen geduldet. Sie wurden also nervös, je näher man mit dem Normaljahr dem Jahre 1621 kam. Die Evangelischen, vor allem die Schweden dagegen, wollten das Jahr 1612 als Normaljahr haben, oder allermindestens das Jahr 1618; das haben sie niemals erreichen können. Wir können auch im Frieden von Prag ein letztes Aufflackern oder Wiederaufleben der alten Reichsidee sehen. Es durften die Stände, evangelische oder katholische, nie mehr unter sich Vereinigungen schließen, wie die Liga und die Union ja vor Ausbruch des Krieges gewesen waren. Ihre verschiedenen Truppen sollten sich zu einem Reichsheer vereinigen und nun Deutschland gegen alle äußeren Feinde verteidigen, die etwa erscheinen konnten. Zu erscheinen brauchten sie nicht, sie waren längst erschienen. Es waren die Schweden, die Franzosen, bis zu einem gewissen Grade die Niederländer. Alle evangelischen Stände oder beinahe alle sollten frei sein, sich diesem Vertrag anzuschließen. Die große Mehrzahl, geführt von Brandenburg, hat es auch getan, aber einige radikal Gesinnte haben es nicht getan, und andere durf-

ten es nicht, an der Spitze der Kurfürst von der Pfalz, der ja in Reichsacht gewesen war und dem eben die Tatsache, daß er der »Winterkönig« in Böhmen gewesen war und nie um Verzeihung gebeten hatte, auch nicht verziehen werden konnte. Sein Sohn und Erbe, Karl Ludwig, blieb einstweilen als Herr der Pfalz und Kurfürst nicht anerkannt. Seit 1635 sprach man in Wien von den »reconciliati«, das war nun die Mehrzahl der deutschen Stände, und den »nondum reconciliati«. Dieser an sich durchaus vernünftige Vertrag hat die gewünschten Folgen keineswegs gehabt. Als innerdeutscher Vertrag war er ungenügend, und vor allen Dingen war er eben kein Universalfriede. Er schloß Schweden und Franzosen auf der einen Seite und die Spanier auf der anderen Seite aus. Im Resultat vollzogen die deutschen Stände eigentlich nur ein »renversement des alliances«. Sie waren nun, freiwillig oder nicht, Verbündete der Spanier und Wiener und wurden *ipso facto* Feinde der Schweden und Franzosen. Der Friede von Prag, anstatt den Frieden zu bringen, hat also die letzte und bei weitem wüsteste Periode des Dreißigjährigen Krieges erst eingeleitet. Es hat dann der junge Kurfürst von Brandenburg, später der »Große Kurfürst« genannt, im Jahre 41 einen Sonderfriedensvertrag mit Schweden geschlossen und erklärt: »der Friede von Prag sei keine Basis für einen Universalfrieden«, womit er unbestreitbar recht hatte. Auch der Bayer hat später noch einen Waffenstillstand mit Frankreich geschlossen. Trotz der Wüstheit der Kriegsjahre nach 1635 blieben die kriegführenden Mächte ununterbrochen in Kontakt. Das Gefühl, daß die ganze Sache bar jeden Sinnes und selbstmörderisch geworden war, hat sich mehr und mehr durchgesetzt. Schon im Jahre 41 hat man sich auf die beiden Städte für die Friedensverhandlungen geeinigt. Das evangelische Osnabrück, das katholische

Münster. Beide Städte lagen ja auch geographisch vergleichsweise günstig.

Der Friedenskongreß sollte im Jahr 42 beginnen. Er begann aber erst Dezember 1644. Solange brauchte es, unendlich viele Schwierigkeiten formaler Art und inhaltlicher Art aus dem Weg zu räumen, zum Beispiel die Zufahrtsstraßen zu den beiden Städten einigermaßen sicherzustellen, so daß die Franzosen ihren Wein auch sicher nach Münster bringen konnten. Ein schwerer Fehler, der bei späteren Friedensverhandlungen nicht mehr oder nur noch selten gemacht wurde, war der, daß man keinen Waffenstillstand schloß. Man wußte nicht, daß erst Waffenstillstand sein muß, damit gedeihlich über einen Frieden verhandelt werden kann. Die ururalte Einrichtung des *armistitium* war natürlich bekannt. Sogar ist in dieser Epoche der Waffenstillstand öfters ein Ersatz für Frieden gewesen. Wenn man Frieden schloß, dann mußte man es ehrlich und ernst meinen, dann mußte man *bona fide* sein. War man nicht *bona fide*, dann war man ehrlich genug zu sagen, Frieden nicht, aber Waffenstillstand ja. So haben die Spanier 1608 einen Waffenstillstand mit den Holländern geschlossen, der zwölf Jahre dauern sollte, und er hat auch genau 12 Jahre gehalten, 1608 bis 1620. Er wurde von beiden Seiten auf das korrekteste respektiert, denn keiner wollte Friedensbrecher sein. Der politische Geist des Zeitalters, wenn man ihn so verkürzend beschreiben darf, war ja überhaupt ein strengstens rechtlicher. Rechtlich verbunden mit dem Glauben, daß man mit juristischen Argumenten vitale politische Fragen lösen könnte, verbunden mit einer allseitigen Rechthaberei, die jeder Beschreibung spottet, verbunden mit einem religiösen Glauben, der, nicht immer und überall, aber doch überwiegend echt war, freilich oft fanatischen Charakter hatte. Diese Verbindung von strengster

Rechtlichkeit, Glauben an *jus* und Juristik, Rechthaberei und Religiösität hat katastrophale Folgen gehabt. Wir hatten dann, aus diesem Krieg sich allmählich herausentwickelnd und im 18. Jahrhundert auf seinen Höhepunkt gelangend, einen ganz anderen politischen Geist, der gar nicht mehr rechtlich war, der auch die Juristik nicht mehr ernst nahm. Wohl hat man noch Argumente im Sinn der Juristen gebraucht, aber unter hörbarem Kichern, man glaubte da nicht mehr daran. Der politische Geist Europas im 18. Jahrhundert wurde realistisch und zynisch. Übles hat auch er verursacht. Müßte ich aber die Frage beantworten, wer ärgeres Unheil anrichtete, der fromme, rechtliche, rechthaberische Geist des 17. oder der zynische Geist des 18. Jahrhunderts, so würde ich antworten: der erstere. Kurz und gut, es gab keinen Waffenstillstand diese ganzen vier oder fünf Jahre lang. Die Folge war, daß wenn irgendeiner der Heerführer auf der einen oder anderen Seite, Piccolomini oder Mercy oder Thorstenson oder Turenne oder wie sie hießen, eine *bataglia* gewonnen hatten und wenn nach vier Wochen die Nachricht nach Münster kam, der Gewinner sofort seine Forderungen steigerte, weil nun seine Position wieder verbessert war, bis zur nächsten *bataglia*, welche dann meistens die andere Seite gewann. Ein Mitglied der französischen Gesandtschaft schrieb aus Münster: »Die Friedensverhandlungen erwärmen sich im Winter und kühlen sich im Frühjahr ab. Die Unruhe hält in der Versammlung etwa bis Ende Februar an. Dann gehen wir wieder zu unserer gewöhnlichen Ruhe über. Die Generale rücken ins Feld und nehmen die Sache in die Hand. So haben die Männer des Krieges und des Friedens abwechselnd ihre Beschäftigung, und niemand kann sich beklagen.« Das ist ja schon ein bißchen der Stil der französischen Moralisten, das könnte beinahe schon von

La Bruyère sein, der ein paar Jahrzehnte später eine klassische Seite voller Hohn über den Typ des europäischen Diplomaten geschrieben hat. Ungeheuer kompliziert waren die Formfragen; zum Beispiel rangen die Gesandten der deutschen Kurfürsten, ich weiß nicht wie lange, darum, bis auch sie die Anrede Exzellenz erhielten. Das klingt lächerlich, hatte aber doch einen Sinn. Auf diesen Titel hatten die Gesandten der fremden, eben der nichtdeutschen Mächte, Anspruch, und ihre Herren waren ja nun auch auf ihre Art Souveräne oder Dreiviertelsouveräne in Europa geworden, das mußte ihnen auf diese Weise bestätigt werden. Der päpstliche Legat sagte einmal: »Gerne werde ich jeden Anwesenden mit Majestät anreden, wenn sie nur endlich weitermachen.«

Die erste Frage, über die verhandelt oder richtiger hin und her korrespondiert wurde, war die Frage, worum es in diesem Krieg denn eigentlich gegangen war. Ehe man das nicht wußte, konnte man ja nicht zu einem Friedensschluß gelangen. Die Frage war gar nicht leicht zu beantworten. Man kam, was das Römische Reich auf der einen Seite und Frankreich und Schweden auf der anderen betraf, zu vier »*subjecta belligerentia*«, wie der Ausdruck war.

Es waren die Klagen der deutschen Stände vor allem gegen den Kaiser, also die alten »*gravamina*« der deutschen Stände gegen das Haus Habsburg. Ferner: Die Frage einer Amnestie, die Frage einer Belohnung der Bundesgenossen der evangelischen Stände, also der Schweden und Franzosen, für ihre schweren und selbstlos gebrachten Leistungen, und dann die Frage der Entschädigung der vielen großen und kleinen »*Depossidierten*«, jener, deren Besitz oder Territorium im Laufe des Krieges konfisziert worden war. Das waren die vier *subjecta belligerentia*. Sie kommen uns für einen Dreißigjährigen Krieg

äußerst bescheiden vor, und darum brauche ich Ihnen nicht zu sagen, daß es die wahren Ursachen des Krieges nicht waren. Der französische Standpunkt war im höchsten Grade edler. Man wollte überhaupt nichts als einen, für alle Beteiligten gerechten und ewig dauernden Frieden, der die Wiederholung einer solchen Katastrophe, eines langen und schrecklichen Krieges unter Christen, ein für allemal verhindern würde. Um aber Garant eines solchen Friedens sein zu können, mußte Frankreich seine politischen und militärischen Positionen eben doch auch ein wenig verstärken, wofür die Kontrolle über das Elsaß eine unabdingbare Notwendigkeit war. Die Forderung war keineswegs, das Elsaß zu annektieren. Die Reichsstädte dort, Straßburg usw., würden Reichsstädte bleiben. Frankreich würde nur in die Gerechtsame eintreten, welche die deutschen Habsburger als Landgrafen im Elsaß gehabt hatten, würde ein *supremum dominium* über die Reichsstädte haben. Bekanntlich ist dann mit der Zeit etwas ganz anderes daraus geworden, was die Straßburger recht gut voraussahen. Der Vertreter Straßburgs warnte vergeblich vor »dunklen, unbeschränkten Generalitäten und Verfänglichkeiten«. Trauttmannsdorff, natürlich nicht, ohne mit Wien kommuniziert zu haben, gab in dieser wichtigen Frage nach. Es war der erste, der entscheidende Schritt zum Friedensschluß zwischen Frankreich, Österreich oder dem Kaiser zusamt dem Römischen Reich. Indem die Österreicher auf das Elsaß verzichteten, isolierten sie die Spanier von ihrem niederländischen Besitz und luden so Spanien ein, endlich Frieden mit den Holländern, wie sie damals schon genannt wurden, zu machen und das anzuerkennen, was seit 60 Jahren eine Tatsache gewesen war. Da war mittlerweile ein blühendes, überaus einflußreiches Gemeinwesen entstanden; auch ein militärisch siegreiches, zu

Land und zur See. Der Friedensschluß zwischen Frankreich und Österreich, während die Spanier nicht zum Frieden mit Frankreich gelangen konnten, bedeutete die endliche, auch endgültige Trennung des deutschen Hauses Österreich von Spanien, an das es ein gutes Jahrhundert ja mehr zu seinem Schaden als zu seinem Nutzen gebunden gewesen war, und war damit auch ein wesentlicher Schritt zum Werden der österreichischen Macht, des österreichischen Imperiums, der »Donaumonarchie«, wie sie später genannt wurde.

Ich sagte schon, daß der Friede zwischen Frankreich und Spanien überhaupt nicht gelang. Die Forderungen der Franzosen, die sich auf den südlichen Teil des noch immer den Spaniern loyalen Südteiles der Niederlande, des heutigen Belgien, bezogen, konnten sie, wollten sie nicht erfüllen. Dazu war ihr imperialer Stolz immer noch zu groß, und der Krieg zwischen Spanien und Frankreich hat sich dann noch zehn oder elf Jahre hingeschleppt.

Ich will mich auf die territorialen Veränderungen innerhalb Deutschlands nicht ausführlich einlassen. Die Schweden wurden »entschädigt« durch Vorpommern, zum großen Kummer des Großen Kurfürsten, der, in Holland erzogen, aus Brandenburg ein zweites Holland, eine Seemacht machen wollte. Oxenstierna hat auch 20 Millionen Thaler Entschädigung für seine Bemühungen zu ihren Gunsten von den evangelischen Ständen verlangt, hat sich aber dann mit 5 Millionen begnügt. Es war ein Verhandlungstrick der Zeit, immer zunächst sehr viel zu fordern und dann herunterzugehen oder, wenn man ein Angebot machte, erst sehr wenig zu bieten und dann etwas mehr, so a, b, c, ein Angebot in zehn Stufen oder zwölf Stufen, was natürlich die Verhandlung auch nicht verkürzen konnte. So verarmt waren aber die deutschen Stände,

daß sie nicht einmal diese 5 Millionen Thaler aufbringen konnten. Ein Schweizer Banken-Konsortium hat die Summe übernommen, natürlich gegen gute Zinsen und Amortisation. Auf die verschiedenen Abfindungen und Rekompensationen und territorialen Kompromisse innerhalb Deutschlands, auf die Art, wie der Kurfürst von der Pfalz wieder in das Gremium der Kurfürsten aufgenommen wurde und ihm die Rheinpfalz restituiert wurde usw., usw., brauche ich nicht einzugehen. Die älteren von Ihnen haben das ja noch in der Schule lernen müssen. Heute wird es allerdings nicht mehr gelernt. Sehr wesentlich waren die konfessionellen Bestimmungen. Sie wären nicht möglich gewesen, sie wären auch nicht eingehalten worden auf die Dauer, wenn der Konflikt, der ursprünglich, keineswegs ausschließlich, aber unleugbar zu einem beträchtlichen Teil ein konfessioneller gewesen war, im Laufe des Krieges sich nicht ausgebrannt hätte und wenn die Menschen nicht seiner überdrüssig gewesen wären, ebenso wie sie auch fremder Hilfe, spanischer Hilfe auf der einen Seite, schwedischer Hilfe, französischer auf der anderen eben überdrüssig waren. Nur auf Grund dieser Erfahrungen konnte es nun zu Kompromissen kommen, die eben am Anfang des Krieges sich als völlig unmöglich erwiesen hatten. Die Evangelischen, und das schloß nun auch die reformierten oder calvinistischen Bekenntnisse ein, hörten auf, eine geduldete Minderheit zu sein, wie sie es in Augsburg im Jahre 55 des vorigen Jahrhunderts gewesen waren. Sie waren nun den Katholischen in jeder Beziehung gleichberechtigt, z. B. wurde das Reichskammergericht paritätisch besetzt, und das blieb so bis zum Ende des alten Reiches. Das Prinzip, ich drücke es ausdrücklich abgekürzt aus, »*cuius regio, eius religio*« blieb erhalten, wurde sogar gestärkt, aber mit humanitären Schutzbestimmungen für Andersgläubige ver-

bunden: das Recht, auszuwandern, und zwar mit allem mobilen Vermögen, Fristen für die Auswanderung und das Recht, außerhalb des Territoriums auf die eigene Art zu beten. Das alles hat gehalten. Kriegerische Konflikte mit konfessionellem Hintergrund hat es seit Münster und Osnabrück in Deutschland nicht mehr gegeben. Der Gedanke einer kollektiven Sicherheit, um einen modernen Ausdruck für eine alte Sache zu gebrauchen, der Gedanke einer Garantie aller für alle, so daß jeder jedem von irgendwem Angegriffenen zu Hilfe kommen mußte – dieser Gedanke war schon von dem Kardinal Richelieu in die Debatte geworfen worden und wurde in Münster wieder aufgenommen, auch akzeptiert. Die Garantie war vage, und es war nicht recht deutlich, ob sie sich nur auf die innerdeutschen Verhältnisse oder auf das gesamte Friedenssystem, also auch auf den Vertrag zwischen Frankreich und dem Römischen Reich und dem Kaiser oder den Vertrag zwischen Spanien und den Niederlanden, bezog. Irgendeine praktische Bedeutung hat sie in der folgenden Zeit nicht gehabt. Interessant ist hier, daß wiederum der Kaiser dies Prinzip zwar akzeptierte, seine Erblande, also Ober- und Niederösterreich und Kärnten und Steiermark und vor allem wieder und wieder Böhmen absolut ausgenommen haben wollte. In den Erblanden mußte er, Haus Habsburg, mußte seine Regierung der Herr bleiben. Im übrigen Reich, jetzt im allgemeinen »das Reich« überhaupt genannt, da konnte alles ganz anders sein. Auch hier sehen wir wieder die Tendenz Österreichs, eine Macht für sich zu werden und sich von Binnendeutschland zu trennen.

Ein letztes Wort über die Bedeutung, über den Wert der Verträge von Münster und Osnabrück. Ich glaube, daß man sie auf der einen Seite stark idealisiert und auf der anderen Seite un-

gerecht verdammt hat. Idealisiert: die These, die wir etwa bei Schiller finden, ist, daß Münster und Osnabrück eine europäische Friedensordnung gründeten, basiert auf Toleranz und Recht, die bis zur großen Französischen Revolution gedauert hat. So ist es doch nicht. Recht wurde auch später gebrochen. Es wurde, wie schon bemerkt, viel zynischer gebrochen als zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Wenigstens in Bayern ist der Spanische Erbfolgekrieg nahezu so schrecklich gewesen wie der Dreißigjährige. Und dann haben wir die großen Erschütterungen und großen, neuen politischen Phänomene des 18. Jahrhunderts: der Eintritt Rußlands als Großmacht und Größtmacht in die europäische Politik, der Aufstieg Preußens, wir haben so schamlose Transaktionen wie die Teilungen Polens zwischen Rußland und Preußen. Man kann nicht sagen, daß es im 18. Jahrhundert eine dauernde und solide Friedensordnung gegeben hätte. Aber man kann doch sagen, daß Münster und Osnabrück für das späte 17. und 18. Jahrhundert ungefähr das waren, *mutatis mutandis*, was das Werk des Wiener Kongresses für das 19. Jahrhundert war. Wenn wir hören, das Werk des Wiener Kongresses habe bis 1914 angehalten, dann stimmt das ja genaugenommen auch nicht. Was ist nicht alles im 19. Jahrhundert Neues und Umstürzendes geschehen in Europa, in Südamerika usw., usw.. Ich brauche es Ihnen hier nicht alles aufzuzählen. Und trotzdem hat die Substanz des Wiener Kongresses oder ein letzter Kern dieser Substanz doch bis 1914 angehalten, und ungefähr das gleiche könnte man auch für die Verträge von Münster und Osnabrück sagen.

Was in Wien 1815 gegründet wurde, war das »Europäische Konzert«; neue Probleme wie das griechische und belgische am Anfang, wie die Konflikte zwischen den Türken und den

christlichen Balkanvölkern in der Mitte und am Ende, wurden von den europäischen Großmächten gemeinsam gelöst; gerieten diese selbst sich in die Haare, so blieben stets Neutrale, die dafür sorgten, daß der Krieg nicht zu einem »Weltkrieg« entartete, und nie verloren die Kriegführenden Kontakt miteinander, nie hörten sie auf, einander anzuerkennen. Das war neu 1815, und das hörte leider 1914 wieder auf. Und so blieb auch von der Substanz der Westfälischen Verträge einiges übrig bis 1792. Mit ihnen war erst eigentlich die europäische Staatengesellschaft entstanden: eine Gesellschaft von Souveränen, die einander anerkannten und innerhalb präzise gezogener Landesgrenzen regierten. Die Religion des einen Landes ging das andere nun so wenig an wie dessen Konstitution, wenn es eine gab. Verträge galten, bis sie durch andere ersetzt wurden. Diese Anordnung, in die nun auch die junge niederländische und die alte schweizerische Republik einbezogen wurden, hat wirklich bis 1792 gehalten.

Die andere Interpretation: dieser Unglücksfriede, dieser Schmachfriede, dieser erste »Friede von Versailles«, um mich so auszudrücken, hat Deutschland seine Größe gekostet. In unserem Lesebuch im Wilhelms-Gymnasium in München, in der dritten Klasse glaube ich, anno 1921, stand ein schlechtes Gedicht: »Zu Münster, in der uralten Stadt, da ward der Friede beschworen, der Deutschlands Größe gekostet hat, das Volk stand vor den Toren. . . . Die Gesandten von Schweden, die aßen und tranken beim üppigen Mahl und hielten französische Reden« und . . . »Vom Volke wollte niemand was wissen« und so fort. Adolf Hitler hat einmal den Plan geäußert, seinen Krieg mit einem Frieden in Münster zu beenden: das ganze Elend Deutschlands fing in Münster an und muß in Münster beendet werden. Das wäre so eine Art von Super-Compiègne gewesen, eine

Rache diesmal nicht für 1918, sondern für 1648. Nun, daran ist nicht viel Wahres. Die territorialen Veränderungen waren sehr gering. Sie betrafen das Elsaß, aber das blieb ja einstweilen im dunkeln, und sie betrafen nur Vorpommern, und weiter gar nichts. Aber Vorpommern, das blieb deutsches Land, das blieb deutsch besiedelt. Von einer Austreibung der Deutschen, von einer »Schwedisierung« der Deutschen war nicht im mindesten die Rede; und als »Schwedisch-Pommern«, 1815, an Preußen fiel, da war es ebenso deutsch wie vor 165 Jahren. Gar so schlimm war das nicht. Verheerend waren die Folgen des Krieges für die deutsche Nation. Die Friedensverträge insgesamt waren so gut und so klug, wie sie nach einem solchen Krieg nur sein konnten. Eigentlich war es ein Friede ohne Sieger und Besiegte. Wohl gab es vergleichsweise stärkere und schwächere Verhandlungspositionen; aber jeder konnte behaupten, daß er sein Recht gewonnen hatte, worauf allen so sehr viel ankam.

* Eine frei gesprochene, auf Tonband aufgenommene Plauderei.

Aus der Chronik des Ordens

1979

1. Zuwahlen

2. Aushändigung der Ordenszeichen an neue Mitglieder

Gerd Meyer-Schwickerath
Victor Friedrich Weisskopf
Felix Bloch

3. Berichte über die

Ordenstagung in Hamburg
Zwischentagung in Münster

4. Bildteil

Ordenstagung in Hamburg
Übergabe des Ordenszeichens an Gerd Meyer-Schwickerath
Übergabe des Ordenszeichens an Victor Friedrich Weisskopf
Übergabe des Ordenszeichens an Felix Bloch

ZUWAHLEN

Am 29. Mai 1979 in Hamburg:

a) Inländisches Mitglied

Prof. Dr. Dr. h. c. FRITZ SCHALK (Romanist)

b) Ausländische Mitglieder

Prof. Dr. FELIX BLOCH (Physiker)

Dr. phil. ELIAS CANETTI (Schriftsteller)

AUSHÄNDIGUNG DER ORDENSZEICHEN
AN NEUE MITGLIEDER

Die Übergabe der Ordenszeichen durch den Ordenskanzler an

GERD MEYER-SCHWICKERATH
und
VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF

erfolgte am 29. Mai 1979 bei der Öffentlichen Sitzung im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten Walter Scheel, des Herrn Bundesministers des Innern Gerhart Rudolf Baum und des Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Hans-Ulrich Klose. Die Laudationes sprachen hierbei Herr EIGEN auf Herrn MEYER-SCHWICKERATH, Herr GENTNER auf Herrn WEISSKOPF (Seiten 65–74).

Übergabe des Ordenszeichens an

FELIX BLOCH

in Münster am 30. September 1979

Auf der internen Ordenstagung in Münster überreichte der Ordenskanzler KURT BITTEL im Beisein aller Ordensmitglieder dem neugewählten Mitglied FELIX BLOCH das Ordenszeichen.

Herr GENTNER sprach die folgende Laudatio:

Lieber Felix Bloch,

Als Ihnen im Jahre 1952, gemeinsam mit Edward Purcell, der Nobelpreis in Stockholm überreicht wurde, hat Prof. Hulthén die Laudatio gesprochen. Er hat dabei bemerkt, daß es für ihn nicht einfach sei, in einigen Minuten Ihre Entdeckung aus dem Jahre 1946 den anwesenden Gästen klarzumachen, da zum Verständnis Ihrer neu erdachten Methode, nämlich das magnetische Moment von Atomkernen zu messen, recht schwierige Überlegungen notwendig sind. So will ich mich auch auf einige, für den Fachmann vielleicht primitiv klingende, Erklärungen beschränken. Man muß dazu wissen, daß Atomkerne ein magnetisches Moment besitzen und sich in einem Magnetfeld wie kleine Kreisel benehmen. Diese quantenhaften Kreiselbewegungen wurden schon früher an gasförmigen Atomstrahlen gefunden, aber Ihre neue Methode

aus dem Jahre 1946 hat erstmalig die Möglichkeit gegeben, das magnetische Moment von Atomkernen in einem kompakten Stück fester oder flüssiger Materie zu messen. Diese Methode hat für den Aufbau der Materie eine außerordentlich große Bedeutung erzielt. Es gibt heute kaum noch ein Forschungsinstitut, das über die Struktur von Molekülen arbeitet, und sich nicht dieses Verfahrens bedient.

Die Entdeckung, für die Ihnen 1952 der Nobelpreis verliehen wurde, ist keineswegs eine einmalige Tat, sondern es geht dieser Arbeit eine ganze Reihe von anderen wichtigen Entdeckungen voraus. Und damit komme ich kurz auf Ihren Lebensweg als Physiker zu sprechen.

Sie sind als Eidgenosse 1905 in Zürich geboren und dort auch auf das kantonale Gymnasium gegangen. Zuerst wollten Sie Ingenieur werden und haben dazu die Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich besucht. Ein Jahr später haben Sie sich dann ganz der Mathematik und Physik an derselben Hochschule zugewandt. Es gab damals in Zürich so bedeutende Lehrer wie Debye, Scherrer, Weyl und auch Schrödinger, der gleichzeitig Theoretiker an der Universität Zürich war. Bei ihm haben Sie die neue Wellenmechanik kennengelernt. Als Schrödinger Zürich verließ, haben Sie Ihre Studien bei Heisenberg in Leipzig fortgesetzt und dort auch bereits 1928 promoviert. Schon in der Doktorarbeit haben Sie sich mit ganz modernen Problemen der metallischen Leitfähigkeit beschäftigt. Anschließend Assistentenjahre gaben Ihnen die Möglichkeit, mit Pauli, Kramers, Bohr und Fermi zusammenzuarbeiten. Daraus entstand z. B. die bekanntgewordene Bloch'sche Bremsformel für geladene Teilchen und der Begriff der Bloch'schen Wand. Noch 1932 haben Sie sich auch in Leipzig habilitiert. Als im Jahre 1933 Hitler zur Macht kam, verließen Sie

Deutschland und fanden eine neue wissenschaftliche Heimat an der Stanford University in Kalifornien. Dort trat eine gewisse Wandlung Ihrer Interessen ein, da Sie sich nunmehr mehr der Experimentalphysik zuwandten. In einer berühmt gewordenen Arbeit haben Sie 1939 zusammen mit Alvarez am Zyklotron in Berkeley das magnetische Moment des Neutrons mit großer Genauigkeit bestimmt. Um diese Zeit war ich selbst als Gast in Berkeley. Es ist mir unvergeßlich, wie Sie mich damals zu einem Kolloquiumsvortrag nach Stanford eingeladen und mich so herzlich in Ihrem gemütlichen Junggesellenbungalow aufgenommen haben.

Die anschließenden Kriegsjahre haben Sie noch mehr mit den modernen experimentellen Methoden bekanntgemacht, und daraus entstanden die erfolgreichen Experimente zur Bestimmung von Kernmomenten in festen, flüssigen und gasförmigen Stoffen.

Im Jahre 1954 hat man Sie zum ersten Generaldirektor des neuen europäischen Laboratoriums CERN in Genf gewählt. Die starke Belastung mit schwierigen Verwaltungsaufgaben hat Ihnen aber nicht so recht zugesagt. Nach einem Jahr entschwandten Sie wieder nach Stanford, um sich erneut ganz der Physik zu widmen.

Aus dieser Zeit erinnere ich mich besonders an ein längeres Gespräch mit Ihnen, nachdem wir uns 1938/39 in Stanford kennengelernt hatten. Sie haben mich damals bei Ihrer Rückkehr nach Stanford überzeugt, von Freiburg nach Genf zu übersiedeln, so daß Herr Bakker frei wurde und Ihre Generaldirektorstelle übernehmen konnte.

Im Jahre 1940 haben Sie sich mit Dr. Lore Misch, einer Emigrantin aus Deutschland, verheiratet und sind dadurch auch gleichzeitig eine Verbindung zu unserem Orden Pour le mérite

eingegangen, da der Großvater Ihrer Frau, nämlich der Philosoph Wilhelm Dilthey, im Anfang des Jahrhunderts schon Mitglied unseres Ordens war.

Lieber Felix Bloch, ich heiße Sie im Kreise des Kapitels unseres Ordens Pour le mérite herzlich willkommen.

Herr BLOCH dankte mit folgenden Worten:

Haben Sie vielen Dank, lieber Herr Gentner, für Ihre so freundlichen Worte über meine Beiträge zur Physik!

Daraufhin scheint es mir aber geraten, durch einen Vergleich zu beschreiben, wie es eigentlich bei Entdeckungen in unserer Wissenschaft zugeht. Die wächst nämlich vorwiegend fast von selbst wie ein Baum, der sich allmählich aufbaut, indem er seine Nahrung aus vielen weitverzweigten Wurzeln zieht. Nach genügender Zeit ist es so weit, daß er anfangen kann, Früchte zu tragen, und eines schönen Tages sind sie schließlich reif. Wer dann gerade das Glück hat, in die Nähe zu kommen und dabei allerdings auch die Augen etwas offen hält, der kann so eine Frucht pflücken und wird sich natürlich freuen, wenn sie nicht nur hübsch aussieht, sondern sich auch als durchaus genießbar herausstellt. Noch größer wird die Freude an dem Fund, wenn er später dafür eine zusätzliche schöne Belohnung erhält, so wie mir das jetzt geschieht.

Es bedeutet viel für mich, einer Gemeinschaft beitreten zu dürfen, in der so große Künstler und Gelehrte ihre Aufnahme gefunden haben. Dabei gehe ich wohl nicht fehl in der Annahme, daß meine frühen Beziehungen zu Deutschland bei der Entscheidung des Ordenskapitels mitgewirkt haben. Vor allem ist es ja die mir zuteil gewordene Förderung während

der in Leipzig verbrachten Jahre, welche meine Entwicklung wesentlich bestimmt hat und der ich die Grundlage meiner sämtlichen Forschungen verdanke. Um so tiefer hat der durch die nationalsozialistische Machtergreifung verursachte jähe Abbruch in mein Leben eingeschnitten, und ich kann die tragischen Ereignisse der Folgezeit auch bei diesem ganz besonderen Anlaß nicht außer acht lassen.

Tatsächlich hat dieser Umstand zur Folge, mir die Verleihung des Ordens *Pour le mérite* von noch höherem Wert erscheinen zu lassen. Denn ich sehe außer der ehrenden Anerkennung meiner wissenschaftlichen Arbeit hier auch eine Brücke, die mich auf das Neue mit der deutschen Kultur verbinden soll. So danke ich sehr herzlich für die hohe Auszeichnung, die mir heute erteilt wurde.

TAGUNGSBERICHTE

Die offizielle Ordenstagung in Hamburg

Die in- und ausländischen Ordensmitglieder traten am 28. Mai 1979 vormittags und nachmittags im Hotel Atlantic in Hamburg zu einer Vorbesprechung der Kapitelsitzung zusammen, an der am 29. Mai vormittags nur die deutschen Mitglieder teilnahmen.

Es waren zugegen:

Andreas ALFÖLDI
Raymond ARON
Hansjochem AUTRUM
Helmut COING
Manfred EIGEN
Theodor ESCHENBURG
Hans-Georg GADAMER
Wolfgang GENTNER
Sir Ernst GOMBRICH
Rolf GUTBROD
Friedrich August VON HAYEK
Rudolf HILLEBRECHT
George F. KENNAN
Sir Hans Adolf KREBS
György LIGETI
Feodor LYNEN

Heinz MAIER-LEIBNITZ
Golo MANN
Gerd MEYER-SCHWICKERATH
Kurt MOTHEs
Karl RAHNER
Walter ROSSOW
Bruno SNELL
Emil STAIGER
Theodor SCHIEDER
Lord Alexander TODD
Bartel Leendert VAN DER WAERDEN
Victor Friedrich WEISSKOPF
Carl Friedrich FRHR. VON WEIZSÄCKER
Franz WIEACKER
Maria WIMMER
Hans WIMMER

Zu Beginn der Sitzung überreichte der Ordenskanzler VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF, der zum ersten Mal nach seiner Wahl an einer Ordenstagung teilnahm, die Urkunde über die Mitgliedschaft im Orden. Interne Ordensangelegenheiten wurden besprochen und Zuwahlen in- und ausländischer Mitglieder vorgenommen.

Am Abend des 28. Mai folgte der Orden einer Einladung des Präsidenten der Universität Hamburg, Herrn Dr. Peter Fischer-Appelt, in das Gästehaus der Universität. Im Anschluß an die Öffentliche Sitzung gab der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ordensmitglieder einen Empfang im Kaisersaal des Rathauses. Am Abend waren sie Gäste des Bundesministers des Innern, Herrn Gerhart Rudolf Baum, im Hotel Atlantic.

Zwischentagung

Die interne Tagung des Ordens fand vom 29. September bis 2. Oktober 1979 in Münster statt.

Es nahmen teil:

Hansjochem AUTRUM
Kurt BITTEL
Felix BLOCH
Adolf BUTENANDT
Helmut COING
Manfred EIGEN
Wolfgang GENTNER
Rolf GUTBROD
Friedrich August VON HAYEK
Sir Hans Adolf KREBS
Heinz MAIER-LEIBNITZ
Golo MANN
Gerd MEYER-SCHWICKERATH
Kurt MOTHES
Karl RAHNER
Walter ROSSOW
Bruno SNELL
Sir Ronald SYME
Fritz SCHALK

Bartel Leendert VAN DER WAERDEN
Carl Friedrich FRHR. VON WEIZSÄCKER
Franz WIEACKER
Maria WIMMER
Hans WIMMER

Vom Bundesministerium des Innern:

Ministerialrat Rudolf KÖNIG
Irmgard SUCHANEK

Vor Beginn der Sitzung am 30. September übergab der Ordenskanzler im Beisein aller Ordensmitglieder und der Damen den neu gewählten Ordensmitgliedern FELIX BLOCH und FRITZ SCHALK die Urkunde über die Mitgliedschaft im Orden. Herrn BLOCH überreichte er außerdem das Ordenszeichen. Herr GENTNER sprach die Laudatio.

Informell wurde dann über interne Ordensangelegenheiten und die anstehenden Nachwahlen gesprochen. Am 1. Oktober trat das Kapitel zur Wahl eines Ordenskanzlers zusammen, nachdem der bisherige Ordenskanzler KURT BITTEL den Wunsch geäußert hatte, von seinem seit 1971 ausgeübten Amt im Interesse seiner wissenschaftlichen Arbeiten entlastet zu werden. Das Kapitel wählte HEINZ MAIER-LEIBNITZ zum neuen Kanzler des Ordens, der sich bereit erklärte, dieses Amt zu übernehmen.

Bei dem abendlichen Beisammensein erläuterte Herr MEYER-SCHWICKERATH anhand einiger instruktiver Lichtbilder die von ihm entwickelte Methode der Lichtkoagulation. Herr VAN DER WAERDEN berichtete über seine Beschäftigung mit Fragen der Datierung vorgeschichtlicher Funde. Beide Themen führten zu einer lebhaften und anregenden Aussprache.

Die Nachmittage waren vorbehalten für eine Stadtrundfahrt, die nicht nur den historisch bedeutsamen Denkmälern der Geschichte Münsters, sondern auch dem gegenwärtigen architektonischen Schaffen und seiner Einbindung in das historisch gewachsene Stadtbild galt, sowie die Besichtigung des Domes und des Rathauses. Nach einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Münster, Herrn Dr. Werner Pierchalla, im Friedenssaal des Rathauses hielt GOLO MANN einen kurzen Vortrag über den Gang der Verhandlungen, die zu den Friedensschlüssen in Münster und Osnabrück geführt haben, und deren historische Bedeutung.

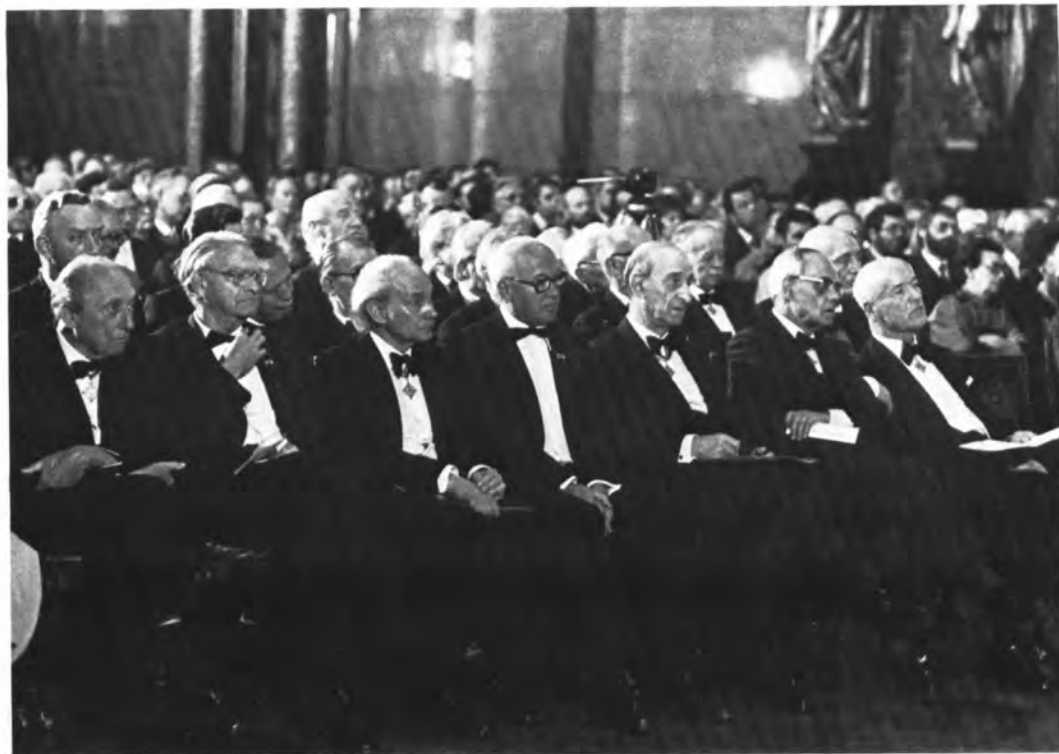
Mit einem festlichen Abendessen, zu dem die Stadt Münster die Ordensmitglieder in der Rüstkammer des Rathauses eingeladen hatte, fand die Ordenstagung ihren Abschluß.

BILDTEIL



Öffentliche Sitzung am 29. Mai 1979
im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg

Eintreffen des Herrn Bundespräsidenten
Von links nach rechts:
Ordenskanzler Kurt Bittel, Bundesminister des Innern
Gerhart Rudolf Baum, Bundespräsident Walter Scheel,
Bürgermeister Hans-Ulrich Klose



Öffentliche Sitzung am 29. Mai 1979
im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg

Von links nach rechts (erste Reihe):
Wolfgang Gentner, Victor F. Weisskopf, Manfred Eigen,
Gerd Meyer-Schwickerath, Raymond Aron, Karl Rahner, Emil Staiger



Überreichung des Ordenszeichens an Gerd Meyer-Schwickerath
bei der Öffentlichen Sitzung am 29. Mai 1979
im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg

Von links nach rechts:
Kurt Bittel, Manfred Eigen, Gerd Meyer-Schwickerath



Überreichung des Ordenszeichens an Victor F. Weisskopf
bei der Öffentlichen Sitzung am 29. Mai 1979
im Festsaal des Rathauses der Freien und Hansestadt Hamburg

Links: Kurt Bittel, rechts: Victor F. Weisskopf



Überreichung des Ordenszeichens an Felix Bloch
bei der internen Ordenstagung in Münster
am 30. September 1979

Links: Kurt Bittel, rechts: Felix Bloch

VERZEICHNIS
DER DERZEITIGEN
MITGLIEDER DES ORDENS
POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN
UND KÜNSTE

DEUTSCHE MITGLIEDER

*In der Reihenfolge ihrer Zuwahl
Stand: 31. Dezember 1979*

KARL VON FRISCH IN MÜNCHEN 1970: Altmitglied	ZOOLOGE
GERHARD MARCKS IN KÖLN 1972: Altmitglied	BILDHAUER
CARL ORFF IN DIESSEN AM AMMERSEE	KOMPONIST
CARL FRIEDRICH FRHR. V. WEIZSÄCKER IN STARNBERG	PHYSIKER UND PHILOSOPH
ADOLF BUTENANDT IN MÜNCHEN	BIOCHEMIKER
CARL LUDWIG SIEGEL IN GÖTTINGEN 1972: Altmitglied	MATHEMATIKER
RUDOLF HILLEBRECHT IN HANNOVER 1971: Erster Vizekanzler des Ordens	ARCHITEKT UND STÄDTEPLANER
HANS WIMMER IN MÜNCHEN	BILDHAUER
KURT BITTEL IN HEIDENHEIM 1971–1. 10. 1979: Kanzler des Ordens Ab 1. 10. 1979: Dritter Vizekanzler	ARCHÄOLOGE
THEODOR ESCHENBURG IN TÜBINGEN	POLITOLOGE
KURT MOTHES IN HALLE A. D. SAALE	BIOCHEMIKER
FRANZ WIEACKER IN GÖTTINGEN	RECHTSHISTORIKER

KARL RAHNER IN MÜNCHEN	THEOLOGE
HANS-GEORG GADAMER IN HEIDELBERG- ZIEGELHAUSEN	PHILOSOPH
ROLF GUTBROD IN STUTTGART	ARCHITEKT
THEODOR SCHIEDER IN KÖLN	HISTORIKER
WALTER ROSSOW IN BERLIN	GARTENARCHITEKT UND LANDSCHAFTSPLANER
HELMUT COING IN FRANKFURT	RECHTSGELEHRTER
MANFRED EIGEN IN GÖTTINGEN	CHEMIKER
GOLO MANN IN ZÜRICH	HISTORIKER UND SCHRIFTSTELLER
MARIA WIMMER IN MÜNCHEN	SCHAUSPIELERIN
WOLFGANG GENTNER IN HEIDELBERG	PHYSIKER
1976: Zweiter Vizekanzler des Ordens	
GYÖRGY LIGETI IN HAMBURG	KOMPONIST
PETER HUCHEL IN STAUFEN/BR.	SCHRIFTSTELLER
HEINZ MAIER-LEIBNITZ IN MÜNCHEN	PHYSIKER
Ab 1. 10. 1979: Kanzler des Ordens	
HANSJOCHEM AUTRUM IN MÜNCHEN	ZOOLOGE
BRUNO SNELL IN HAMBURG	KLASSISCHER PHILOLOGE
GERD MEYER-SCHWICKERATH IN ESSEN-BREDENEY	OPHTHALMOLOGE
FRITZ SCHALK IN KÖLN	ROMANIST

AUSLÄNDISCHE MITGLIEDER

*In der Reihenfolge ihrer Zuwahl
Stand: 31. Dezember 1979*

OSKAR KOKOSCHKA IN VILLENEUVE, SCHWEIZ	MALER UND GRAPHIKER
CHARLES HUGGINS IN CHICAGO, USA	MEDIZINER
FRANÇOIS-LOUIS GANSHOF IN BRÜSSEL, BELGIEN	HISTORIKER
ANDRÉ JEAN FESTUGIÈRE IN PARIS, FRANKREICH	RELIGIONSWISSEN- SCHAFTLER
ANDRÉ GRABAR IN PARIS, FRANKREICH	KUNSTHISTORIKER
EMIL STAIGER IN ZÜRICH, SCHWEIZ	LITERATURHISTORIKER
LORD ALEXANDER TODD IN CAMBRIDGE, ENGLAND	CHEMIKER
HIDEKI YUKAWA IN KYOTO, JAPAN	PHYSIKER
MARINO MARINI IN MAILAND, ITALIEN	BILDHAUER UND GRAPHIKER
STEPHAN KUTTNER IN BERKELEY, USA	KANONIST UND RECHTSHISTORIKER
KONRAD LORENZ IN ALTENBERG, ÖSTERREICH	ZOOLOGE
ALBIN LESKY IN WIEN, ÖSTERREICH	KLASSISCHER PHILOLOGE
ANDREAS ALFÖLDI IN PRINCETON, USA	ALTHISTORIKER

SIR HANS ADOLF KREBS IN IFFLEY, OXFORD, ENGLAND	BIOCHEMIKER
HENRY MOORE IN MUCH HADHAM, ENGLAND	BILDHAUER
RAYMOND ARON IN PARIS, FRANKREICH	SOZIOLOGE
BARTEL LEENDERT VAN DER WAERDEN IN ZÜRICH, SCHWEIZ	MATHEMATIKER
FRITZ LIPMANN IN NEW YORK, USA	BIOCHEMIKER
SIR RONALD SYME IN OXFORD, ENGLAND	ALTHISTORIKER
PIERRE BOULEZ IN PARIS, FRANKREICH	KOMPONIST UND DIRIGENT
KENZO TANGE IN TOKIO, JAPAN	ARCHITEKT
GEORGE F. KENNAN IN PRINCETON, USA	HISTORIKER UND DIPLOMAT
SIR ERNST GOMBRICH IN LONDON, ENGLAND	KUNSTHISTORIKER
HANS HARTUNG IN PARIS, FRANKREICH	MALER
FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK IN FREIBURG	NATIONALÖKONOM
VICTOR FRIEDRICH WEISSKOPF IN CAMBRIDGE, USA	PHYSIKER
FELIX BLOCH IN PALO ALTO, USA	PHYSIKER
ELIAS CANETTI IN ZÜRICH, SCHWEIZ	SCHRIFTSTELLER

Im Jahre 1979 sind verstorben:

RICHARD ETTINGHAUSEN	2. April
FEODOR LYNEN	6. August
WALTHER GERLACH	10. August

BILDNACHWEIS

Hans Erich Nossack: Bundesbildstelle, 5300 Bonn 1	17
Prof. Dr. Hugo Friedrich: Bundesbildstelle, 5300 Bonn 1	25
Prof. Dr. Étienne Gilson: Bundesbildstelle, 5300 Bonn 1	35
Ordenstagung in Hamburg: Conti-Press GmbH, Schopenstehl 15, 2000 Hamburg 1	123
Ordenstagung in Hamburg: Conti-Press GmbH, Schopenstehl 15, 2000 Hamburg 1	124
Übergabe des Ordenszeichens an Prof. Meyer-Schwickerath: Conti-Press GmbH, Schopenstehl 15, 2000 Hamburg 1	125
Übergabe des Ordenszeichens an Prof. Weisskopf: Conti-Press GmbH, Schopenstehl 15, 2000 Hamburg 1	126
Übergabe des Ordenszeichens an Prof. Bloch: Privatfoto Prof. Gutbrod.	127

INHALT

Öffentliche Sitzung der Mitglieder des Ordens 1979

Begrüßungsworte des Ordenskanzlers Kurt Bittel	7
Hans Erich Nossack. Gedenkworte von Bruno Snell	15
Hugo Friedrich. Gedenkworte von Emil Staiger	25
Étienne Gilson. Gedenkworte von Karl Rahner	33
Raymond Aron: Über die Zukunft der freien Gesellschaften	41
Übergabe des Ordenszeichens an Gerd Meyer-Schwickerath	65
Übergabe des Ordenszeichens an Victor Friedrich Weisskopf . . .	71

Anhang

Ansprache von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose bei der Öffentlichen Sitzung am 29. Mai 1979	77
Golo Mann: Die Westfälischen Friedensverträge	85
Aus der Chronik des Ordens 1979	107
1. Zuwahlen	108
2. Aushändigung der Ordenszeichen an neue Mitglieder	
Gerd Meyer-Schwickerath · Victor Friedrich Weisskopf	109
Felix Bloch	110

3. Tagungsberichte	
Ordenstagung in Hamburg	115
Zwischentagung in Münster	117
4. Bildteil	
Ordenstagung in Hamburg	123
Übergabe des Ordenszeichens an Gerd Meyer-Schwickerath . .	125
Übergabe des Ordenszeichens an Victor Friedrich Weisskopf .	126
Übergabe des Ordenszeichens an Felix Bloch	127
Mitglieder des Ordens (Stand: 31. 12. 1979)	131
Bildnachweis	135

© 1980 · Verlag Lambert Schneider GmbH · Heidelberg
Alle Rechte vorbehalten. Jegliche Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Verlages. Printed in Germany. Gesamtherstellung:
C. H. Beck'sche Buchdruckerei, Nördlingen

ISSN 0473 – 145X

